

Volksstimme

Sozialdemokratisches Organ für den Regierungsbezirk Magdeburg.

Die Volksstimme erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonntage und Festtage mit dem Datum des folgenden Tages. — Verantwortlicher Redakteur mit Ausnahme der Beilage Die Neue Welt: Ernst Wittmann, Magdeburg. Verantwortlich für Anzeigen: August Fabian, Magdeburg. Verlag von W. Baumann & Co., Magdeburg. Druck von Franz Wetzig, Magdeburg. Geschäftsstelle: Patowstraße 49, Fernsprecher 1667. Redaktion: Dr. Witzstraße 3. Fernsprecher 961.

Wannumerando zahlbarer Abonnementspreis: Vierteljährlich (inkl. Frangirlos) 2 Mk. 25 Pf., monatlich 80 Pf. Der Anzeigenpreis in Deutschland monatlich 1 Exemplar 1.70 Pf., 2 Exemplar 2.40 Pf. In der Expedition und den Anzeigebüros vierzehntägig 2 Mk., monatlich 70 Pf. Bei den Buchhändlern 2.25 inkl. Postgebühren. Einzelne Nummern 5 Pf., Sonntags- und ältere Nummern 10 Pf. — Anzeigengebühren: die sechsgehaltene Zeile 15 Pf. Post-Zeitungsliste Seite 376.

Nr. 204.

Magdeburg, Freitag den 1. September 1905.

16. Jahrgang.

Der Friede.

Der Abschluß des Friedens zwischen Rußland und Japan ist ein Weltereignis, dessen Wirkung und Bedeutung sich keineswegs auf die beiden beteiligten Reiche allein erstreckt. Noch vor weniger als einem halben Jahrhundert hätte man auf dem europäischen Kontinent ähnliche Vorgänge als weltfremde Ereignisse empfunden, die höchstens der Phantasie Anreiz zu Betrachtungen geben, aber keinen direkten und merkbaren Einfluß auf das Schicksal der Betrachter ausüben. Inzwischen hat die kapitalistische Entwicklung zweierlei Wirkungen höchst verschiedener Art gezeitigt: während sie auf der einen Seite die Reibungsflächen der auswärtigen Politik unendlich vergrößerte, hat sie auf der andern Seite die Völker einander näher gebracht und in ihnen das Bewußtsein gefestigt, daß kein fremdes geschichtliches Schicksal ohne Einfluß auf das eigene sei. Weltmarktkonkurrenz hier, Völkerkohärenz dort.

Es soll in folgendem versucht werden, in kurz zusammenfassender Darstellung zu zeigen, was der Verlauf des ostasiatischen Krieges und sein Abschluß für Deutschland und seine arbeitende Bevölkerung zunächst zu bedeuten hat.

Rußland verliert durch den Friedensschluß die Mandchurei, Korea, die südliche Hälfte Sachalins. Japan steigt in Ostasien zum Range der unbestrittenen Vormacht auf. Damit ist eine Episode der Weltpolitik abgeschlossen, an der sich auch das Deutsche Reich in lebhaft geschäftiger Weise beteiligt hatte. Noch vor wenigen Jahren war es für unsere deutschen Weltmachtstreiber sicherer als das Einmaleins, daß jetzt die Aufsteilung des chinesischen Reiches jubelte der nationalsozialistische Weltpolitiker Raumann, der sich damals den unbergänglichen Ruhm eines „Hummelpastors“ gewann. Die Agitatoren des Flottenvereins begründeten ihre Forderungen namentlich mit den großen weltpolitischen Entscheidungen, die in Ostasien bevorstünden. Große Kinder glaubten, Deutschland müsse nur fest dabei sein und hurtig Schiffe bauen, um an China ein deutsches Indien zu gewinnen.

Dieser Traum ist nun für alle Zeiten ausgeträumt. Wie Amerika seine Monroe Doktrin hat, die jedes weitere politische Eindringen Europas in den amerikanischen Kontinent ausschließt, so hat jetzt auch Japan für Ostasien mit Blut und Eisen die unerschütterliche Regel aufgestellt, daß es verschlossen sei für politische Ausdehnungsgehrnisse und zwangscolonialisatorische Experimente des Abendlands. Rußland hatte sich von der chinesischen Ohnmacht Port Arthur und die Mandchurei geholt — sie sind unwiederbringlich dahin. Als letzte Säule der chinesischen Abenteuerpolitik ragt das — Deutsche Kiautschou! Auch sie ist schon geboren. Jeder militärische Aufwand für Kiautschou wäre in Zukunft Wahnsinn; es ist nicht durch Waffengewalt zu halten, sondern wenn überhaupt, so nur durch eine vorsichtsvolle Diplomatie.

Es ist aber nicht nur die Beseitigung der ostasiatischen Gefahr, die wir dem Ausgange des russisch-japanischen Krieges verdanken. Rußland hat Frieden geschlossen, ohne kein militärisches Monopole irgendwie wieder hergestellt zu haben; vielmehr schließt der Krieg ab als eine ununterbrochene Reihe von Niederlagen, die Rußland zu Lande und zu Wasser erlitten hat. Die dauernde Entwertung des russisch-französischen Bündnisses wird durch den Friedensschluß bestätigt. Im Falle des eintretenden Bundes mit dem Zarismus tritt für die französische Republik ein ihrer weit würdigeres Promodell vorüberhand in England. Die beiden europäischsten Demokratien bürgerlicher Zivilisation repräsentieren einen neuen Bund der Völkervereinigung, dem das arbeitende Volk Deutschlands mit ganz andern Gefühlen gegenübersteht, auch als dem unheilvollsten Bundes der bürgerlichen Demokratie mit der sklavischen Despotie. Die Vermehrung des englisch-französischen Einflusses in Europa ist eine weit erschütternde Erscheinung als die russische Volksherrschaft. Die vor dem Kriege halb Europa beherrschte und deren Einfluß dank der zehn Vorläufer, mit der unsre herrschenden Klasse an allem Besessenen hängen, noch immer nicht überwinden ist.

Dieser Einfluß kann nur von unten heraus gebrochen werden. Solange es einen despotischen Zarismus gibt wird es in Deutschland keine geben, die vor ihm auf dem Boden stehen. Und so ist es die nächste Sorge, welchen Einfluß der Sozialdemokratismus auf die Entwicklung der russischen Volksherrschaft nehmen wird. Denn der Sozialdemokratismus ist die „naturale“ Waise von Rußland; einen Frieden schließen müssen, die sich außerordentlich günstig ab-

im Verhältnis zur schließlichen Kriegslage, der aber deshalb doch eine tiefe Demütigung bedeutet. Wie wird diese Demütigung auf die Stimmung jener russischen Kreise wirken, die der russische „Patriotismus“ immer noch für sich in Anspruch nehmen zu dürfen glaubt? Wird die Erkenntnis der Tatsache, daß Rußland nun endgültig als der Besiegene aus dem Felde heimkehrt, auch die stumpfen Seelen aufwühlern und die Energie der revolutionären Stimmungen verstärken? In diesem Punkte läßt sich nichts Sicheres voraussagen in einem Lande, das von der Fluge lebt, und dessen Offiziere jetzt schon dabei sind, den Friedensschluß mit vollen Backen als einen „Sieg Rußlands“ anzuposaunen. Sicher ist, daß die russische Regierung den Frieden gesucht hat, um von ihren beiden Sorgen wenigstens eine loszuwerden, den Krieg, und der andern, der Revolution, ihre ganze väterliche Sorgfalt zuzuwenden. Die Plinten und Kanonen, die jammervoll verjagten gegenüber dem äußeren Feinde, werden sich noch immer trefflich verwenden lassen im Kampfe gegen fliehende Frauen und Kinder der eigenen Nation! Kenner der russischen Verhältnisse glauben freilich, daß diese Rechnung ein Loch habe; sie erwarten, daß die aus Ostasien heimkehrenden Truppen nicht als eine Armee des Zaren, sondern als eine Armee der Revolution in das Vaterland zurückkehren werden. Inwieweit solche hochgepannten Hoffnungen begründet sind, wird die Zukunft lehren. Die Erfahrungen des deutsch-französischen Krieges und der Kommune haben allerdings geschlagene Truppen von einer ganz andern Seite gezeigt — aber die Verhältnisse und die Volksschikane sind zu verschieden, als daß sie einen berechtigten Schluß auf das Verhalten der russischen Soldaten zuließen.

Als wirtschaftliche Folge des Friedensschlusses ist zunächst ein Aufschwung mit ziemlicher Gewißheit zu erwarten, der durch die stürmischen Hausbewegungen an den Börsen bereits angezeigt wird. Schon in der letzten Zeit des Krieges haben sich die lang zurückgehaltene wirtschaftlichen Bedürfnisse der russischen Bevölkerung wieder geltend gemacht. Es gehört zu den noch würdigen Erscheinungen der letzten ereignisreichen Zeit, daß die russische Industrie trotz Krieg, Revolution und Massenstreik — auch von rein militärischen Lieferungen abgesehen — einen guten Beschäftigungsgrad aufwies. Diese Aufschwungstendenz wird der Friedensschluß voraussichtlich verstärken, und ihr Einfluß würde sich auch in Deutschland ohne die bestehende sozialpolitische Abwehrungsposition in höherem Grade fühlbar machen. Aber hinter dem schwindelnden Aufschwung, der in unserm kapitalistischen Zeitalter dem Frieden folgt, lauert auch der wirtschaftliche Zusammenbruch, der große Crash. Die „Krisentheorie“, die unsere Professoren für längst widerlegt erachteten, wird über kurz oder lang eine neue Wellenung erleben.

So sind die Folgen des russisch-japanischen Friedensschlusses unendlich mannigfaltig und in ihren schließlichen Einwirkungen gar nicht abzusehen. Aber nichts ist in ihnen enthalten, was die arbeitende Bevölkerung Deutschlands und der Welt irremachen könnte in ihren Auffassungen, aufhalten könnte auf ihrem uralten Vornarrsch.

Die japanischen Erfolge.

In der bürgerlichen Presse bricht die Verleumdung über den Pazifismus, die durch die militärischen und maritimen Leistungen der Japaner künstlich nachgedrängt wurde, anlässlich des Friedensschlusses mit Macht durch. Weil Japan auf die Kriegsschuldenselbstschuldigung verstanden, weil es die in fremden Häfen internierten russischen Kriegsschiffe freiließ, weil es nur das halbe Sachallin als Preis anbot — deshalb hat in den Augen der bürgerlichen Pazifisten Japan eine schwere Niederlage erlitten und der Pazifismus einen großen Sieg errufen. Aus dem Lande der Waise wird über Nacht so eine für Weltberühmte gemacht.

Demgegenüber lohnt es sich, mit einem andern zu vergleichen, was Japan mit dem Krieg erreichte wollte und was es mit dem Friedensschluß tatsächlich erreicht hat.

In Japan fallen Korea, Port Arthur, die südliche Hälfte von Sachallin die Russen haben außerdem die Mandchurei zu verlassen. Man muß sich durch einen Blick auf die Karte vergegenwärtigen, was der Erwerb der genannten Gebiete für Japan bedeutet, daß er die Stellung des Kaiserreiches in den ostasiatischen Ozean herbeiführt macht. China dem politischen und maritimen Einfluß Russlands unterwirft und dem kolonialen Nebenbuhler die Wege, die zur Vorherrschaft im fernem Osten führen, vorläufig für Japan freier macht es bequem und sicher und ohne in ostheftiger Weise aus dem Schwerepunkt seiner Macht herauszuweichen zu werden, behaupten kann. Der den Japanern unentgeltlich zu werden behaupten kann. Der den Japanern unentgeltlich zu werden behaupten kann. Der den Japanern unentgeltlich zu werden behaupten kann. Der den Japanern unentgeltlich zu werden behaupten kann.

wägende Klugheit der japanischen Staatsmänner, denen nie befallen konnte, so weit ins Festland hinein ihre Herrschaft auszuweiten und damit ihre Kräfte militärisch auf immer nach der einen Seite hin zu binden.

Wesentlich liegt die Frage der Kriegskostenentschädigung. Ein im Kriege besiegtter Staat wird, wie selbst dem minder Geschickskundigen eine kurze Ueberlegung zeigt, bloß dann eine Kriegskostenentschädigung zahlen, wenn er völlig zu Boden geworfen ist und der Gegner im Zentrum seines Reiches steht oder wenn der Sieger ihm als Entgelt wertvolle, lebenswichtige Teile des Landes, die er erobert hat, zurückerstatten will. Beides trifft im ostasiatischen Krieg nicht zu. Rußland verfügt heute noch über ein großes Heer, hat 400 000 Mann südlich von Chargin stehen, und der Kriegsschauplatz liegt von dem russischen Hauptland um eines Weltteils Ferne ab, ja ist für den Gegner unerschwinglich. Unter solchen Umständen hätte die Bereitwilligkeit des Zaren, den Japanern die Kriegskosten zu zahlen, nur bedeutet, daß man in Peterhof aus Furcht vor der Revolution um jeden Preis die Hände im fernem Osten frei bekommen will und darum ohne Zwang eine schwere Demütigung auf sich nimmt.

Dem stand aber schon die Tatsache gegenüber, daß Rußland eine Summe in der Höhe, wie sie die Japaner gefordert zu haben scheinen, nicht leicht aufgebracht hätte. Und nur dann konnte es sich allenfalls herbeilassen, zu tun, was bisher kein Staat in der Lage Rußlands — nicht einmal Oesterreich in den Jahren 1859 und 1866 — getan hat, ohne äußerer Not dem Gegner einen Tribut zu leisten: wenn die Wahrscheinlichkeit, daß es sonst ein volles Jahr den Festzug fortzuführen müßte, der Gewißheit nahe gewesen wäre. Dem widersprach jedoch das Verhalten der japanischen Armee seit der Schlacht bei Mukden. Man hat es bisher noch nicht deutlich genug hervorgehoben — und der gewaltige, den Krieg entscheidende Seevize bei Tsushima hat die Tatsache veranschaulicht —, daß die Japaner seit nahezu einem halben Jahr auf dem Hauptkriegsschauplatz einen völligen Stillstand haben eintreten lassen. Je vollständiger der Erfolg bei Mukden war, um so auffälliger ist das Erlahmen ihrer Kriegsoperationen, zu dessen Erklärung man zunächst, bis zur Vernichtung der Flotte Roschidschewskys, auf die Besorgnisse wegen der Sicherheit der Seeverbindungen hinweist, die jetzt aber bei einem Rückblick auf die Vorgänge des letzten Halbjahres keine andre Deutung übrig lassen, als daß man mit der Eroberung Mukdens und der Sicherung der in Besitz genommenen Küstengebiet das politische Ziel des Krieges erreicht hatte. In diesem Sinne brachte der Seevize in der Koreastraße den Abschluß des Krieges, den wenn die Eroberung der Mandchurei sein Zweck gewesen wäre, mit dem Vormarsch gegen Chargin und Wladivostok erst in seine entscheidende Phase getreten wäre.

Diesen Eintritt wollten die Japaner aber gar nicht, aus gewichtigen Gründen, die in ihrer Erfahrung als Inselstaat ruhen. Der Krieg war für sie nach Mukden und Tsushima beendet; der Friedensschluß hat ihnen nichts geraubt, worauf sie Wert legen.

Japan ist die unbestrittene Vormacht Ostasiens geworden, es hat im Stillen Ozean das entscheidende Wort zu sprechen. Die Bahn ist frei für eine unermessliche wirtschaftliche Expansion und die Sieger von Mukden und Tsushima werden die Bahn zu verfolgen wissen.

Wien den Ostasien! Der deutsche „Platz an der Sonne“ ist verflunkert; es ist keine Hoffnung gegeben, daß die Sonne dort jemals wieder aufgehen wird.

Ein Parlament in China.

Als direkte Wirkung der japanischen Siege kommt aus Peking vom 29. ds. folgende Meldung:

Die fremden Gesandten werden heute einem Bankett bei des Kaisers Tischung zum Abschied der Sommerferien teilnehmen. Die drei Weltmächte werden an der parlamentarischen Regierungsbildung zu studieren. Die westlichen Länder beschließen, zu Beginn eine Verfügung zu erlassen, nach der nach zwölf Jahren in China ein Parlament einzuberufen werden soll. In der Zwischenzeit wird China handle eine Anzahl von Beamten in fremden Ländern heim, die durch ihre Tüchtigkeit das Land auf die parlamentarische Regierungsbildung vorbereiten sollen. Die parlamentarische wird 1 Monat in Japan zubringen und dann über die benachbarten Staaten nach Europa reisen.

Nach zwölf Jahren! Ahn, Japan wird kein Bankett fassen, daß es etwas früher geliebt. Außerdem wird die alte Kaiserin-Winse, die energielose Feindin aller Neuerungen, schwerlich noch zwölf Jahre leben. Daß sie überhaupt an eine solche friedliche Revolution denken kann, ist Wunder genug, wie auf die Folgen des ostasiatischen Krieges in China Mandarmentummen schon geübt wurden heute wo er gerade andringt ist.

Ein Wochenende heert auf die Wende, die vollständig wäre und von uns lesert erfordern würde, wenn den Chinesen Japans bald der Sieg der russischen Revolution folgen würde.

Kaufmannsgericht Magdeburg.
Sitzung vom 30. August 1905.

Vorsitzender: Stadtrat Lühdemann.
Arbeitgeberbeisitzer: Kaufmann Gustav Gubbe und Tuchhändler Herrm. Oberbeck; Arbeitnehmerbeisitzer: Buchhalter Aug. Stroomann und Bureauvorsteher Gustav Jansen.

Eigenartige Verhältnisse herrschen in manchen kaufmännischen Geschäften. Diese betrachten die Lehrlinge als geeignete Ausnutzungsobjekte, mit deren Beschäftigung die Herren Chefs den Lohn für Arbeiter und Handlungsgehilfen sparen. Der Lehrling Groppe war bei der Firma Ulrich u. Co., Inhaber Theune, nach 2 1/2-jähriger Lehrzeit fortgeblieben, weil er geschlagen und sonst schlecht behandelt worden ist, auch lange arbeiten mußte. Der Chef jagte Besserung der Verhältnisse zu, und der Lehrling nahm das Lehrverhältnis wieder auf. Als die Verhältnisse sich nicht änderten, blieb der Lehrling ohne Wissen des Vaters 10 Tage vom Geschäft weg; am 4. August schickte der Vater seinen Sohn wieder ins Geschäft, der dann vom Chef entlassen wurde. Der Vater klagt nun für seinen Sohn auf Fortsetzung des Lehrverhältnisses, eventuell auf Ausstellung eines anständigen Zeugnisses. Sein Sohn habe u. a. den Portier ersetzen müssen, deshalb morgens um 6 Uhr schon in der Fabrik sein müssen; er sei oft bis abends 9 Uhr beschäftigt worden, trotzdem um 7 Uhr Feierabend sei. Nach Ansicht des Gerichts hat der Lehrling oft Arbeiten verrichten müssen, die nicht seine Ausbildung fördern. Theune jun. als Vertreter seiner Vaters erklärt, der Lehrling habe nichts gekonnt, worauf seitens des Vorsitzenden erwidert wird, daß dann der Lehrling seine Pflicht nicht getan habe, er auch den Lehrling nicht ziemlich 2 1/2 Jahre behalten durfte. Die Firma erklärt sich zum Schluß bereit, ein richtiges Lehrzeugnis auszustellen.

Die Konkurrenzklause. Durch ein früheres Urteil des Kaufmannsgerichts war dem Kaufmann Steinhoff auf Antrag seines früheren Prinzipals, Darmhändler Reich, aufgegeben, seine Erklärung (bei Androhung einer Strafe von 75 Mk.) bei einer Konkurrenzfirma des Klägers anzugeben. Steinhoff hat die Stellung bis jetzt nicht aufgegeben, auch die Strafe noch nicht bezahlt. Er hatte sich seinerzeit verpflichtet, bei einer Konventionalstrafe von 1000 Mk. innerhalb 3 Jahre bei seiner Konkurrenzfirma des Klägers in Stellung zu treten. Kläger Reich verlangt, daß Steinhoff, der seine ganzen Kunden usw. kenne, die Stellung aufgibt, die Konventionalstrafe würde doch nur von der jetzigen Firma des Klägers bezahlt, womit ihm (Reich) nicht gedient sei. Er verlangt jetzt Festsetzung einer Strafandrohung von 100 Mk., und wenn Kläger bis zum 1. Oktober die Stellung noch nicht verlassen, eine Strafe von 1000 Mk. festzusetzen. Der Beklagte hält aber die Angelegenheit schon mit der bereits festgesetzten Strafe von 75 Mk. für erledigt. Das Gericht verurteilt St., die vom Kaufmannsgericht am 12. Juli festgesetzte Strafe von 75 Mk. sofort zu zahlen. Außerdem wird eine Strafe von 150 Mk. festgesetzt für den Fall, daß Steinhoff nicht innerhalb dreier Tage seine Stellung bei der Konkurrenzfirma aufgibt.

Auch eine Kaufmannslehre. Der Lehrling Böhn war bei dem Buch- und Steindruckereibesitzer Boehsch als Kaufmann in der Lehre seit 1 1/2 Jahren, hat aber meistens Arbeiten als Laufbursche ausführen müssen. Der Vater des B. verlangt ein Zeugnis über die zurückgelegte Lehrzeit seines Sohnes, Aufhebung des Lehrverhältnisses und Kostgeld für 2 Monate a 15 Mk. B. führt an, der Lehrling habe ihn durch Verschneiden von Papier um 42 Mk. geschädigt; dafür ist der Lehrling geschlagen und getreten worden von dem einen Buchdruckergehilfen. Auch ist der Lehrling noch öfter schlecht behandelt. Es kommt ein Vergleich auf 30 Mk. und Ausstellung eines Zeugnisses zustande.

Sofort entlassen wurde der Reisende Lischer von der Firma Grau u. Ruff, weil er keine Geschäfte gemacht, angeblich

auch nicht nach den Dispositionen des Chefs gehandelt habe. Bei der Entlassung ist Kläger dann nach seiner Angabe betrügerisch geschimpft, geschlagen und aus dem Hause geworfen. L. verlangt 231,10 Mk. von der Firma für Provision und Gehalt bis 30. September. Der Kläger ist nach Angabe des Vertreters der Firma unfähig zur Reise, er habe die Firma beschwindelt, seine Angaben über seine angebliche Reise glaube kein Mensch. Geschlagen sei Lischer nicht, sondern nur aus der Tür geführt worden. Beklagter erklärt sich bereit, sofort 50 Mk. zu zahlen, womit L. einverstanden ist.

Wegen unberechtigter Entlassung erhebt der Schreiber Kall gegen den Versicherungs-Subdirektor Peters Anspruch auf Gehalt für die Monate August und September im Betrage von 150 Mk. Ferner klagt er auf Rückerstattung des Betrages von 24,50 Mk., die ihm für Krankheit im Juli vom Gehalt abgezogen worden sind. Kläger ist angeblich entlassen wegen mangelhafter Arbeit, Schulden, unsofortigen Lebens, „aufrührerischer Reden“ usw. Damit mußte es doch nicht soweit her sein, denn Beklagter wird verurteilt, 173,40 Mk. zu zahlen, denn gesetzliche Gründe für die sofortige Entlassung lagen nicht vor.

Kleine Chronik.

Die Cholera.

Die Cholera im Osten Deutschlands breitet sich scheinbar leider weiter aus. Wie aus Thoru gemeldet wird, erkrankte sich die Epidemie auch auf das Rhegegebiet. In Karolewo im Landkreis Bromberg ist eine ganze Familie, in Czarnikau sind zwei Personen choleraverdächtig erkrankt. In Filhe und in Jantoch ist je ein Falscher erkrankt und gestorben. Aus Jordan an der Weichsel wurden gestern zwei neue Choleraerkrankungen gemeldet. Das Kommerzkollegium in Stockholm hat Westpreußen für choleraverseucht erklärt. Die Medizinalverwaltung ersuchte die Regierung, an verschiedenen Stellen der schwedischen Küste Beobachtungsposten einzurichten.

Die Sonnenfinsternis.

Die gestrige Sonnenfinsternis scheint von den nach Spanien entsandten wissenschaftlichen Expeditionen mit ziemlichem Glück beobachtet worden zu sein. Auch aus Tunis liegen günstige Nachrichten vor. Die nach Burgos entsandte Expedition der Dreptower Sternwarte despechiert: Der Himmel war bis 1 Uhr größtenteils bewölkt. Vor der Totalität regnete es. Während der Totalität trat für unsern Standpunkt plötzlich die Sonne in prachtvoller Weise in Sicht. Es bot sich ein überwältigender Anblick. Die wissenschaftlichen Ergebnisse sind beträchtlich. Ferner wird von dort gemeldet: Die Beobachtung der Sonnenfinsternis durch deutsche, französische und holländische Astronomen hat bei vollkommen klarem Himmel stattgefunden. Die Beobachtungen konnten gut vorgenommen werden. Die Korona war deutlich sichtbar. In Wien war die Sonnenfinsternis bei dem günstigen Wetter vorzüglich zu beobachten. In Paris konnte die Sonnenfinsternis ziemlich gut beobachtet werden. Telegramme aus verschiedenen Städten Frankreichs und aus Sjaz (Tunis) besagen, daß dort eine ausgezeichnete Beobachtung möglich war.

Letzte Nachrichten.

Marokko.

* Paris, 31. August. Nach einer Privatdepesche aus Tanger wurde der Algerier Bu Mizian el Militani aus dem Gefängnis entlassen. Die andern damit zusammenhängenden Fragen werden nunmehr ohne Schwierigkeiten geregelt werden.
* Paris, 31. August. Heute wird Rouvier dem Fürsten Radolin die schriftliche Erwiderung auf die deutsche Note über Marokko übergeben. Es sind alle Meinungsverschiedenheiten behoben.

Die russische Revolution.

Sd. Petersburg, 31. August. Gestern wurde unter den Wagen des Gouverneurs von Moskau eine Bombe geworfen. Sie richtete keinen Schaden an. Der Attentäter wurde verhaftet.

Sd. Genf, 31. August. Nach einer eingetroffenen Meldung aus Soussa in Kantarien kam es dort zu blutigen Zusammenstößen zwischen Armeniern und Mohammedanern. In der Stadt fand ein lebhaftes Gewehrfeuer statt. Die Zahl der getöteten Armenier beträgt neun, die der getöteten Mohammedaner 30. Die russische Polizei fährt fort, die armenische Bevölkerung zu entwaffnen.

Der Friedensschluß.

Sd. Portsmouth, 31. August. Die Artikel 1 und 2 des Friedensvertrags, betreffend die Räumung der Mandchurie und die Vorherrschaft Japans in Korea, sind bereits fertig gestellt worden, und man hofft, daß die Abfassung des gesamten Friedensvertrags bis Sonnabend beendet ist.

Sd. Petersburg, 31. August. Nach telegraphischer Meldung aus Guschulin ist bereits zwischen Birtwitsch und Dama ein allgemeiner Waffenstillstand sowie die Abgrenzung einer neutralen Zone vereinbart worden.

Sd. Tokio, 31. August. Den Japanern gelang es, zwei weitere von den Russen in Port Arthur versenkte Kriegsschiffe wieder flott zu machen.

* Petersburg, 30. August. Die reaktionäre Presse mit „Swjet“ an der Spitze erheben Vorwürfe gegen die Regierung, daß diese russischen Boden abgetreten. „Mastlowsti Wjedomosti“ werfen ihr Verrat vor, sowie Nichtachtung und Erniedrigung der Armees. In allen fortschrittlichen Kreisen herrscht eitel Freude, da somit eine weitere Schwächung der Regierung eingetreten sei. Die geschlagene Armees sei ein erbittertes, unzufriedenes Element. Die Stadt zeigt ihr gewöhnliches Aussehen.

* Portsmouth, 30. August. Die Japaner gaben amtlich bekannt, daß die Teilung Sachalins beim 50. Grad vorgenommen werden soll.

Sd. Frankfurt, 31. August. Der Magistrat machte den Stadtverordneten davon Mitteilung, daß er eine Eingabe an den Reichskanzler und den Landwirtschaftsminister gerichtet habe mit dem Ersuchen, mit allen zu Gebote stehenden Mitteln auf eine Herabminderung der hohen Fleischpreise hinzuwirken, insbesondere zu dem Zweck, die Aufzucht der bestehenden Vieheinherborte aus dem Ausland herbeizuführen. Der Magistrat erließ zugleich an die größten preussischen Städte eine Rundfrage, ob sie bereit seien, für gemeinsame Maßregeln zwecks Binderung der Fleischnot einzutreten.

Bereins-Kalender.

Fabrikarbeiter-Verband. Versammlungen finden statt: Sonnabend den 2. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ in Parleben. Sonntag den 3. September, vormittags 11 Uhr, bei Albert Vater, Knochenhanuser 27/28. 121
Zentralverband der Schmiede. Unsere Mitglieder-versammlung findet wegen unserm Vergnügen nicht den 2. September, sondern schon den 2. September statt. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. 124
Männer-Gesangsverein. Sonnabend den 2. September Mitglieder-Versammlung bei August Guttnecht. 6
Burg. Freie Turnerschaft. Jeden Dienstag und Freitag von 8-10 Uhr Übungsstunde im „Hohenzollernpark“. 79
Schneke. Verband der Fabrik-, Land-, Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen. Sonnabend den 2. September, abends 8 Uhr, im Wiener Restaurant, Königsstraße 16, Mitgliederversammlung. Zahlreiches Erscheinen erwünscht. 123

Louis Bechme

7 und 8 Breiteweg 7 und 8

Von den letzterhaltenen

2 Waggonns Emaille

stelle nochmals einen grossen Posten in Ha. Ware

Freitag und Sonnabend zu Extra-Preisen zum Verkauf

Eimer	25 cm	50	60	70	80	Mk.
-------	-------	----	----	----	----	-----

Eimer	20 cm	35	55	Mk.
-------	-------	----	----	-----

Kochtöpfe	14	18	22	26	30	cm
	25	40	60	85	120	Mk.

Kaffeekannen	14	15	16	17	18	cm
	35	40	50	60	80	Mk.

Kaffeekessel	20	22	24	26	cm
	75	90	115	130	Mk.

Maschinentöpfe	10	12	14	16	18	cm
	15	23	30	40	50	Mk.

Kasserollen	14	16	18	20	22	cm
	20	25	30	38	45	Mk.

Waschtöpfe	30	32	34	36	38	cm
	115	130	160	200	250	Mk.

Wannen	50	55	65	cm
	1.40	1.80	3.10	Mk.

Jedes Stück zum Ausschauen — Nur solange Vorrat

H. Lublin

Freitag = 1000 Pfd. weisse sehr Rupf-Federn Extra-Preis 2.60
 Sonnabend füllkräftige

Sorte 0 Wild-Federn 30 Pfund	25	Sorte 5 Reine Enten-Daunen 30 Pfund	2.50	Sorte 11 Weisse Land-Rupf-Federn <small>Prima</small> 30 Pfund	3.00
Sorte 1 Hühner-Federn 30 Pfund	45	Sorte 6 Halbweisse Rupf-Federn 30 Pfund	1.80	Sorte 12 Land-Rupf-Gans-Federn <small>extra prima</small> 30 Pfund	3.60
Sorte 2 Füll-Federn 30 Pfund	85	Sorte 7 Weisse Rupf-Federn 30 Pfund	2.20	Sorte 13 Weisse Halb-Daunen <small>prima</small> 30 Pfund	4.25
Sorte 3 Enten-Federn 30 Pfund	1.25	Sorte 8 Weisse Rupf-Federn 30 Pfund	2.50	Sorte 15 Weisse Daunen 30 Pfund	4.80
Sorte 4 Enten-Halb-Daunen 30 Pfund	1.50	Sorte 9 Weisse Rupf-Federn 30 Pfund	2.75	Sorte 16 Weisse Daunen <small>extra prima</small> 30 Pfund	6.25

Fertige Betten

bestehend aus 1 Deckbett, 1 Unterbett, 2 Kopfkissen

10.50 14.50 21.50 25.00 33.50 43.50

gefüllt mit 14 Pfund 14 Pfund 14 Pfund 14 Pfund 14 Pfund Federn Daunen

Bett-Inlett aus grau-rot gestreift Nöber-Stout Oberbett 2.40 2.75 3.75 Unterbett 2.40 2.75 3.75 Kopfkissen 70 85 1.10	Bett-Inlett aus rot und rot-rosa gestreift Inlett Oberbett 2.15 2.85 4.50 Unterbett 2.15 2.85 4.75 Kopfkissen 65 85 1.15	Bett-Inlett aus Prima echtfarbig und federdicht Körper-Inlett, rot und rosa gestreift Oberbett 5.25 6.25 8.00 Unterbett 5.50 6.25 8.00 Kopfkissen 1.50 1.75 2.25
Bunte Bettgarnitur Chemise 1 Deckbett 2 Kopfkissen 2.75 Satin couverture 1 Deckbett 2 Kopfkissen 3.00	Betttücher Damast 180x200 85 Damast Pa. 132x200 1.55 Damast Pa. 160x225 2.10 Simon Pa. 130x200 1.10	Bunte Bettgarnitur Bettzeug 1 Deckbett 2 Kopfkissen 2.85 4.00 5.00 Satin Augusta 1 Deckbett 2 Kopfkissen 4.50 5.25
Weisse Bettgarnitur Linen 1 Deckbett 2 Kopfkissen 3.00 3.75 4.25 Dimitti 1 Deckbett 2 Kopfkissen 3.25 5.00 5.75	Betttücher Halbleinen 130x200 1.25 Halbleinen 150x200 1.75 Halbleinen Pa. 150x200 2.20 Halbleinen Pa. 160x210 2.50	Weisse Bettgarnitur Damast 1 Deckbett 2 Kopfkissen 4.25 5.50 Damast 1 Deckbett 2 Kopfkissen 7.00 8.00 9.50

Stepp-Decken

Satin Steppdecke mit Trilofutter, bordeau, blau, ca. 150/190	3.25	Satin Steppdecke doppelseitig, bordeau, ca. 160/210	7.00
Satin Steppdecke mit Trilofutter, bordeau, blau, ca. 140/205	4.00	Satin Steppdecke doppelseitig, Seidenglanz, blau, bordeau bordeau/grün, bordeau/blau	8.75
Satin Steppdecke mit gleichfarbigem Futter, bordeau, blau ca. 150/205	5.15	Woll-Atlas Steppdecke Handarbeit, mit Trilofutter bordeau, blau	8.75
Woll-Satin Steppdecke mit Trilofutter, bordeau, blau ca. 140/205	5.75	Woll-Atlas Steppdecke Handarbeit, bordeau mit gleichfarbigem Satinfutter	10.25
Woll-Satin Steppdecke mit Trilofutter, bordeau ca. 160/210	6.75	Satin Steppdecke Seidenglanz, doppelseitig, Ia. Qual. mit Wollfüllung blau, bordeau, bordeau/grün, bordeau/blau, ca. 160/210	13.50

Bericht des Vorstandes an den Parteitag zu Jena 1905.

Das Strafkonto der Arbeiterbewegung belief sich im abgelaufenen Jahre an 2 Jahre 3 Monate Zuchthaus, 65 Jahre 7 Monate 2 Wochen Gefängnis und Haft sowie 15 400 Mark Geldstrafe. Zwei Prozesse, die wir im vorigen Jahre erwähnten, erlebten in dem abgelaufenen Geschäftsjahre eine Neuaufgabe und brachten für ihre Urheber eine neue Niederlage. Der Königsberger Prozeß wurde am 7. Mai vor dem Reichsgericht verhandelt und brachte für den preussischen Justizminister Herrn Schönstedt eine noch größere Niederlage, wie es der Ausgang des ersten Prozesses gewesen war. Zwar bestätigte das Reichsgericht das erste Erkenntnis, die erkannten Strafen blieben bestehen, aber die Begründung der Abweisung der Revision des Staatsanwalts war eine Verurteilung Schönstedts, weil der Staatsanwalt alle Argumente geltend gemacht hatte, die Schönstedt im Landtage vortrug, um diesem begreiflich zu machen, daß die Justiz im Dienste des Zaren nicht eine so große Niederlage erlitten, wie es nach dem ersten Erkenntnis den Anschein hatte. Das Reichsgericht sprach aus, daß die im § 102 verlangte Gegenleistung mit Rußland fehlt und sagte damit indirekt, daß alle wegen Hochverrat verübte Unterjochungshaft ungeschuldig verübt war.

Noch schlimmer erging es dem preussischen Staat mit dem andern Prozeß. Am 12. Juli 1904 hatte man in Saarbrücken den Vergemann Krämer wegen Verleumdung des Leiters der fiskalischen Bergwerke, Geheimrat Hilger, zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt, obwohl nachgewiesen war, daß die unter Anklage gestellten Flugblätter nur eine Schilderung der tatsächlichen Verhältnisse enthielten. Dieses Urteil war vom Reichsgericht aufgehoben und zur nochmaligen Verhandlung an das Landgericht in Trier verwiesen. Die Verhandlung begann hier am 15. Mai. In Trier war die Verteidigung in der Lage, neues Beweismaterial vorzubringen, was die Richter in Saarbrücken nicht zugelassen hatten. Nun gestaltete sich die Sache für die Regierung noch blamabler als in dem ersten Prozeß. Es wurde nachgewiesen, daß in dem „Musterinstitut“ die Arbeiter schlimmer wie Leibeigener behandelt werden. Musterinstitute sind die Bergwerke zur für Ausbeuter schlimmerer Sorte. So kam es denn, daß der Staatsanwalt selbst zugab, daß Krämer mit den beiden Flugblättern, die die mächtige Anklageschriften gegen die Bergwerksverwaltung waren, nur berechtigter Interessen vertrete habe. Das Gericht erkannte denn auch nur wegen formeller Verleumdung auf eine Geldstrafe von 200 Mark.

Viele Gerichte geben sich alle erdenkliche Mühe, als Kampforgane gegen die Sozialdemokratie zu wirken und bei Lohnkämpfen die Interessen der Unternehmer zu vertreten. Was viele Richter nur denken und als unausgesprochene Gründe gelten lassen, sprach ein Richter in Hirschberg i. Schl. offen aus. Dort hatte ein Sozialdemokrat, der auch Radfahrer ist, eine Radfahrerverammlung nicht angemeldet, weil er glaubte, daß Radeln keine öffentliche Angelegenheit ist. Er wurde zu einer Geldstrafe von 100 Mark verurteilt. Bei der Begründung des Urteils führte der Richter nach dem Bericht des „Boten aus dem Riesengebirge“ aus:

„Was die Höhe der Strafe betrifft, so ist der Gerichtshof deshalb bedeutend über den Antrag des Staatsanwalts hinausgegangen, weil die Sozialdemokraten es mit großem Geschick verstanden, die Gesetze zu umgehen. Könne aber einmal ein Sozialdemokrat gefaßt werden, dann müßte er auch streng bestraft werden.“

Sehr hohe Strafen werden dadurch erreicht, daß man einfache strafbare Handlungen als schweres Verbrechen bezeichnet. Eine Handlung, welche man, wenn sie von Studenten verübt wird, als groben Unfug mit einer kleinen Geldstrafe bestraft, nennt man Aufruhr oder Landfriedensbruch, wenn die Beteiligten freilebende Arbeiter sind, und man bestraft dann die für schuldig Verurteilten mit Zuchthaus oder doch jahrelangem Gefängnis. Solche Aufruhr- und Landfriedensbruchprozesse brachten die Lohnkämpfe in Königsberg, Medienburg, in den Orten an der Instermeier und im Ruhrgebiet. So kommt man auch ohne Zuchthausgeheiß dazu, freilebende Arbeiter ins Zuchthaus zu bringen, wie es in Gütrow mit dem Genossen Evert geschah.

Der Vertrauensmann der Maurer in Oberschlesien, Genosse Benedikt, der Zeugen für einen Streikprozeß gesucht hatte, wurde wegen Verleitung zum Meineid angeklagt und vom Schwurgericht in Beuthen zu 1 Jahr Zuchthaus verurteilt, obwohl Benedikt versichert und alle beteiligten Arbeiter die Ansicht vertraten, daß es Benedikt völlig fern gelegen habe, irgend einen Menschen zum Meineid verleiten zu wollen.

Ein oft angewandtes Mittel, Arbeiter zu Gefängnisstrafen zu verurteilen, ist der Erpressungsparagraph. Wollen Arbeiter ihre Arbeits- und Lohnbedingungen verbessern und stellen die Arbeit ein und überreichen dann ihre Forderungen, dann sind sie vor Strafe gesichert, weil diese Handlung durch § 152 der Gewerbeordnung erlaubt ist. Wollen aber die Arbeiter den Streik vermeiden und stellen ohne Streik ihre Forderungen mit der Bemerkung, daß sie die Arbeit einstellen werden, wenn ihre Forderungen nicht bewilligt werden, dann ist das nach Ansicht der Richter Erpressung und wird nach § 233 des Strafgesetzbuchs mit Gefängnis bis zu 5 Jahren bestraft. Ein recht drastisches Erkenntnis dieser Art fällt das Reichsgericht am 5. Januar d. J. Aus der Begründung haben wir folgendes hervor:

„Daß der erste Richter den Rechtsbegriff der zum Tatbestand der Erpressung erforderlichen Drohung verkannt habe, läßt sich nicht anerkennen. Die Revision muß selbst zugeben, daß die Ausübung eines Rechts zum Nachteil eines andern die Zufügung eines Übels für diesen erhalten kann.“

Dann ist aber nicht einzusehen, warum in der Ankündigung der Ausübung eines Rechts und des damit für den Betroffenen verknüpften Übels nicht eine Drohung im Sinne des § 233 des Strafgesetzbuchs gefunden werden kann.

Allerdings reicht nicht jede Ankündigung der Zufügung eines Übels und damit auch nicht jede Ankündigung der Ausübung eines Rechts zur Annahme einer Drohung im gesetzlichen Sinne aus.

Die mit dem Eintritt des angekündigten Übels für den Bedrohten verbundenen Nachteile müssen vielmehr in einzelnen Fällen derart beschaffen sein, daß sie geeignet erscheinen, in dem Bedrohten Furcht vor deren Verwirklichung hervorzurufen und dessen freie Willensentscheidung zu beeinflussen.

Ob diese Voraussetzungen in einem bestimmten zur richterlichen Entscheidung gestellten konkreten Falle zutrifft, ist nach der jeweiligen Sachgestaltung im Wege der mit dem Rechtsmittel der Revision nicht angreifbaren Beweiswürdigung durch den Instanzrichter zu ermitteln und festzustellen.

Dies hat auch im gegebenen Falle der erste Richter keineswegs verkannt. Denn er hat auf Grund der Beweisergebnisse ausdrücklich festgestellt, daß die von dem Beschwerdeführer angeordnete Sperre für den bedrohten Maurermeister Jacob im Falle der Ausübung mit unübersehbaren vermögensrechtlichen Nachteilen verbunden war, deren Eintritt Jacob derartig zu fürchten hatte, daß dadurch seine freie Willensbetätigung beeinflusst werden konnte und mußte, daß der Beschwerdeführer, welcher vermöge seiner einflußreichen Stellung innerhalb des Maurerverbandes für Neuschberg auch tatsächlich in der Lage war, zur angeordneten Sperre wesentlich mitzuwirken und diese durchzuführen, sich der Wirkung seiner Drohung in der angeordneten Richtung auch bewußt war, und überdies den Willen hatte, diesen Erfolg herbeizuführen.

Daß in der Androhung der Sperre eine Drohung im Sinne des § 233 des Strafgesetzbuchs gefunden werden kann, ist übrigens auch bereits durch die Rechtsprechung des Reichsgerichts anerkannt (Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen, Band 21, Seite 114, Band 32, Seite 335.)

Ob die Arbeiter des Jacob nach Maßgabe der feststehenden Arbeitsverträge zu jederzeitigen beliebigen Arbeitseinstellung ohne vorausgesetzene Kündigung berechtigt waren oder nicht, ist unter diesen Umständen rechtlich bedeutungslos und bedurfte deshalb keiner näheren Darlegung in der vorderrichterlichen Urteilsbegründung. Hiernach erwiehen die Verwertung des Rechtsmittels geboten.“

Wie leicht es bei solcher Rechtsprechung möglich ist, als „Erpresser“ bestraft zu werden, zeigt folgender Vorfall: Am 25. März d. J. war einem organisierten Steinarbeiter in dem Betriebe des Steinbruchbesizers G. in Leipzig wegen Arbeits-

mangel gekündigt worden. Die Kollegen waren der Ueberzeugung, daß eine Maßregelung vorliege. Sie teilten dies in einem Schreiben dem Redakteur Staudinger mit, der damals auch die Geschäfte eines Verbandsbevollmächtigten in Stellvertretung verwaltete, und er suchten ihn, den Vorgang im Fachorgan zu veröffentlichen. Sie seien bereit, sich mit dem Gefährdenden solidarisch zu erklären. Aus dem Betriebe war auch noch ein Steinmetz entlassen worden. Um nun die Differenzen zu regeln, begab sich Genosse Staudinger zu dem Sozials G.S. Im Orange der Geschäfte vergab er in dieser Unterredung die Kündigung des erwarteten Kollegen zu berühren. Er schrieb deshalb, wieder in Leipzig angekommen, an den Steinbruchbesitzer G. folgenden Brief:

„Als ich heute mit Ihrem Sozials... über die Entlassung des Steinmetz St. in B. sprach, vergaß ich hinzuzufügen, daß am Sonnabend den 25. d. M. dem Pflasterer K. gekündigt wurde, angeblich wegen Arbeitsmangels. Wir vermuten, daß lediglich seine Verbandzugehörigkeit schuld an dieser Entlassung resp. Kündigung war. Es berührt doch eigenartig, nur einen Mann wegen Arbeitsmangels in einem Betriebe zu entlassen, wo vielleicht circa 200 Mann in Frage kommen. Wir würden Ihnen deshalb empfehlen, die Kündigung bei K. als nicht gegeben zu betrachten und ihn davon in Kenntnis zu setzen. Gleichzeitig erbitte ich mir von Ihnen Bescheid über diese Angelegenheit, und im Falle K. weiter beschäftigt werden sollte, würde ich selbstredend Abstand nehmen, den mir vorliegenden Artikel über diese Sache zu veröffentlichen. Auch würden dann die Steinmetzen, Pflasterer und Bossierer in Ihrem Betrieb sich mit dieser Kündigung nicht mehr beschäftigen und ich glaube, es wird Ihnen nicht schwer sein, dem von mir geäußerten Wunsche nachzukommen. Bemerken will ich nur, daß wir selbstverständlich in Ihre geschäftlichen Dispositionen mit diesem Schreiben nicht eingreifen wollen. Weil aber diese Kündigung von unserer Seite als Maßregelung aufgefaßt wird, sind wir veranlaßt, dazu Stellung zu nehmen. Antwort erbitte ich bis Mittwoch früh 8 Uhr mittels Briefes oder mittels Telefons um 9 Uhr, weil sonst mit dem Druck unserer Zeitung begonnen wird.“

In diesem Brief sah der Staatsanwalt eine Erpressung und Genosse Staudinger wurde auch vom Landgericht in Leipzig wegen verachteter Erpressung zu 3 Wochen Gefängnis verurteilt. Würden Staatsanwälte und Gerichte in ähnlicher Weise gegen die Syndikate vorgehen, dann könnte man bald besondere Gefängnisse für Kommerzienräte bauen, denn so bescheiden und vorsichtig in der Wahl der Ausdrücke wie Genosse Staudinger es war, sind die Leiter der Syndikate und der Arbeitgeberverbände in der Regel nicht.

Daselbst Privilegium wie Karikelle und Unternehmerverbände haben die Streikbrecher. Jeder in Arbeiterkreisen übliche derbe Ausdruck wird als Verleumdung oder Drohung mit Gefängnis bestraft, wenn der Angeredete ein Streikbrecher ist.

Anders ist es, wenn Arbeitsmüde ihren Gefühlen freien Lauf lassen. Das zeigt folgender Bescheid:

Dortmund, den 11. Juli 1905.
Der Erste Staatsanwalt.
Gesch.-Nr. 4. 3. 927. 2. 05.
Auf die Strafanzeige vom 22. Juni 1905 gegen den Handlanger Winarski wegen Verleumdung.

Ich habe das Verfahren gegen Winarski eingestellt, weil in der von Ihnen bezugenen Äußerung des Winarski: „ich steche Euch das Messer in den Hals“ eine strafrechtlich verfolgbare Bedrohung mit einem Verbrechen nicht zu finden ist. Es handelt sich vielmehr nur um eine Bedrohung mit dem Vergehen der gefährlichen Körperverletzung.

Soweit Verleumdung in Frage kommt, lehne ich mangels eines öffentlichen Interesses die Erhebung der öffentlichen Klage ab. Es bleibt Ihnen überlassen, im Wege der Zivilklage gegen Winarski vorzugehen.

In den Maurer
Herrn Verthold Dresel
Hörde.
Name unleserlich.

Während des Bergarbeiterstreiks erhob der Staatsanwalt von Dortmund im öffentlichen Interesse Anklage gegen einen Vergemann, der sich mit einer Schillerin unterhalten hatte und dabei folgende Äußerung getan haben sollte: „Arbeitet Dein Bruder noch?“

Feuilleton.

Nachdruck verboten.

Doktor Ohlhooffs Geheimnis.

Roman von Friedrich Thieme.

(42. Fortsetzung.)

Bestürzt, als fürchte sie, schon zuviel verraten zu haben, hielt sie inne.

„Die Postkarte enthält nicht allein Worte des Trostes,“ hob der Affessor hervor. „Bloße Trostesworte hätten auf natürliche Weise ebenfalls den Weg zu Ihnen gefunden. Niemand hätte sie Ihnen vorenthalten. Das Schreiben bedeutet mehr als eine Ermütigung, es ist zugleich eine Verstärkung in Ihrem bisherigen Verhalten. Sie seien fortzuführen, die Wahrheit zu verschweigen, Janny Mäder — ist es nicht so?“

Janny schweig.

„Wollen Sie auch jetzt noch leugnen, an dem Verstandenen des Doktor Ohlhooff beteiligt zu sein?“

Janny beharrte in ihrer stummen Haltung.

„Oder wenigstens über sein Schicksal Auskunft erteilen zu können?“

Wieder keine Antwort.

Der Affessor wartete eine Zeitlang, als jedoch gar kein Laut aus ihrem Munde kam, sagte er ruhig:

„Sie verweigern mir jede Erklärung? Gut, so will ich Ihnen sagen, wie alles sich verhält.“

Die Gefangene schaute bestürzt zu ihm auf.

„Dieser Zettel“, erläuterte er fast lächelnd seine über- raschende Ankündigung, „spricht für mich eine recht deutliche Sprache. Anfangs schien er mir den Arbeitstand noch mehr zu verwirren, da sein Inhalt meinen jüngsten Feststellungen eigentlich völlig widersprach. Je mehr ich aber mit allen Auslassungen des Unbekannten vergegenwärtigte, desto klarer durchschaute ich das ganze Gewebe.“

„Was — was wissen Sie?“ fragte sie mit lebhaftem Blick.

„Folgendes“, entgegnete der Affessor triumphierend.

„Der Schreiber dieses Briefes ist Ihr Bräutigam —“

„Mein Bräutigam? Nein —“

„Ihr Geliebter, wenn Sie denn wollen. Aus Gründen, die ich nicht kenne, haben Sie beide Ihre Verbindung bisher geheimgehalten. Ist es nicht so?“

„Sprachen Sie weiter.“

„Doktor Ohlhooff ist nicht mehr am Leben; er ist ermordet worden —“

Rodbert Lindner bohrte dabei seine faszinierenden Augen förmlich in die blauen Sterne Jannys hinein. Unfähig, seinen scharfen Blick zu ertragen, senkte das junge Mädchen die langen Wimpern.

„Sie selbst sind nicht seine Mörderin —“

„O Gott, nein, nein!“

„Ihr Geliebter —“

„Er nicht, er auch nicht!“ Jannie die Gefangene mit leidenschaftlichem Protest in ihren Wimpern auf.

„Nein, er auch nicht, ich wollte es eben bemerken. Aber jemand, der ihn und Ihnen oder einem von Ihnen beiden nachsetzt —“

Janny sank wie fassungslos auf den Stuhl, den ihr die Güte ihres Anwaltens angewiesen hatte.

„Wäre er selbst der Schuldige, so würde er nicht den gegen Sie entstandenen Verdacht durch das Verbergen der Uhr im Garten des von Ihnen bewohnten Hauses zu verstärken gesucht haben.“

Wieder harrte Rodbert einige Augenblicke, als erstarrt er von Jannys Lippen die Bestätigung seiner Annahme. Da seine erfolgte, fuhr er fort:

„Der wahre Mörder steht Ihrem Geliebten nahe, sonst würden Sie nicht so beharrlich den Namen desselben verschweigen. Ihr Geliebter scheint den Mörder entweder, weil er ihm nahe steht oder aus einer andern mit noch unbekanntem Ursache retten, ihn der Strafe entziehen zu wollen. Daher ermahne er Sie zur Standhaftigkeit und härte Ihren Mund mit der Versicherung, Ihnen könne man nichts anhaben. Ob der verhängnisvolle Brief an Doktor Ohlhooff, der seinerzeit zu Ihrer Verhaftung geführt hat, in der Tat mit dem

Verwandten des Arztes in direkter oder indirekter Verbindung steht, vermag ich nicht zu beurteilen. Mir erscheint es mehr ein verhängnisvoller Zufall, der Sie in die ganze Angelegenheit verwickelte.“

„Ich schwöre Ihnen, es ist so!“

„Die Stelle auf dem Zettel: 'Vertrau' auf mich, ich lasse Dich nicht untergehen, deutet die Absicht an, irgendwelche Schritte zu Ihren Gunsten zu unternehmen, oder vielmehr die Tatsache, daß solche Schritte bereits getan sind. Und sie sind geschehen. Der wahre Mörder wurde bewegt, vielleicht unter der Androhung der Auslieferung an die Gerichte, etwas zu verraten, was Ihre Schuldlosigkeit zu erweisen geeignet ist. Deshalb ging er auf Reisen und spielte die Rolle des Ermordeten. Wie es ihm möglich war, sie so durchzuführen, wie er getan, weiß ich zurzeit noch ebensowenig, als aus welchem Beweggrunde das Verbrechen erfolgt ist. Vermutlich beherrschte er in der Statur und Keuschheit eine gewisse Ähnlichkeit mit dem Ermordeten, die er durch Anlegung einer Ähnlichkeitskleidung noch zu erhöhen versah. Wie seinerzeit der Strafe ausgesetzt, welcher den Brief jenes Unbekannten übergab, trug der letztere einen Vollbart gleich dem Arzte, sicherlich haben wir also in ihm denselben Mann vor uns, der in Frankfurt und Wiesbaden in der Rolle des Ermordeten auftrat, und der, wie ich guten Grund habe anzunehmen, niemand anders als der Mörder selbst ist. In den Besitz des Notizbuchs mußte sich der Mörder auf dieselbe Weise zu setzen wie in den der Uhr, er fand beide Gegenstände bei der Leiche und eignete sich dieselben an. Die Handschrift konnte er leicht fälschen, da das eine Mal niemand zuzugegen war, als er sich in das Fremdenbuch eintrug, während er im andern Falle die Postkarte gebraucht, die Eintragung dem Reiter in die Feder zu diktieren. Doch das sind Momente, die Ihnen unbekannt sind. Wollen Sie mir nun sagen, Janny Mäder, ob meine Vermutungen der Wahrheit entsprechen?“

„Sie wissen mehr davon als ich,“ hauchte das junge Mädchen in unsagbarem Erstaunen.

(Fortsetzung folgt.)

Als diese Frage bejaht wurde, soll er hinzugefügt haben: „Wenn
wird Dein Bruder in die Streikbrecherliste eingetragen. Nach dem
Streik wird Dein Bruder bestraft und verfolgt werden, und dann
darf er auf keine Gerechtigkeit mehr hoffen.“ Das war eine
Drohung, die eine Anklage im öffentlichen Interesse gebot und
die auch mit 14 Tagen Gefängnis geahndet wurde.
(Fortsetzung folgt.)

Magdeburger Angelegenheiten.

Magdeburg, den 31. August 1905.

Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins für Magdeburg.

Vor Eintritt in die Tagesordnung der Versammlung, die am
Mittwoch im „Dreikaiserbund“ tagte, wurden auf Vorschlag des Ge-
nossen Vater die Genossen Landberg als Vorsitzender des Aus-
schusses und A. Süde als Vorsitzender der Prekominmission gewählt.

Der Bericht des Vorstandes

wird gegeben vom Genossen Vater: Die umfassende Agitation zur
Erwerbung neuer Mitglieder hat eine ganz bedeutende Er-
höhung der Mitgliederzahl im Gefolge gehabt. Demnach ist
soll wieder eine Agitation entfaltet werden, desgleichen eine
solche für die „Volksstimme“. 17 Volks-Versammlungen wurden
ausschließlich der Bezirks-Versammlungen abgehalten. Eine
Märzfeier und eine Schillerfeier wurden veranstaltet.
Am 1. Mai fanden sieben Versammlungen statt. Die Zahl der Teil-
nehmer bei der Märzfeier hat erheblich zugenommen. Abends fanden
drei gut besuchte Versammlungen statt. Der Vorstand mußte sich dann
außer dem bekannten Hoff Albert-Wendlandt mit dem Ausschluß des
Mitglieds Stereotypers Schulz befassen. Er hatte ehrenrührige Be-
schuldigungen gegen ein Vorstandsmitglied erhoben, die sich als voll-
ständig unwahr herausstellten und den Ausschluß Schulz zur Folge
hatten. Am 1. Juli ging der Verlag der „Volksstimme“ an
die offene Handelsgesellschaft Bannkuch u. Co. über.
Am 1. Oktober wird auch die Druckerei Eigentum der Partei.
Desgleichen befaßt sich der Vorstand mit der Lokalfrage. In
Verbindung mit dem Vorstand des Gewerkschaftsvereins wurden Mittel
und Wege beraten, um dem unhaltbaren Zustand abzuhelfen. Zunächst
wundte man sich an die einzelnen Wirte. Die eingelassenen Antworten
zeitigten den Beschluß, mit der Vereinigung der Wirte in Verbindung
zu treten.

Den Kassenbericht erstattet der Kassierer Genosse Richter:
Die Einnahme im letzten Halbjahr betrug 4822,33 Mark. Dazu kam
der Bestand am 1. Januar von 1786,67 Mark. Die Ausgabe betrug
5169,37 Mark, so daß am 1. Juli der Bestand 840,03 Mark betrug.
Bei der Revision am 9. Juli waren schon wieder so viel Gelder ein-
gegangen, daß der Bestand sich um 1500 Mark höher stellte. In den
Parteiorganen wurden 700 Mark abgeben, den Bergarbeitern
1000 Mark und den Hugen 1400 Mark überwiesen.
Eine Diskussion über die Berichte wurde nicht belichtet.

Der Bericht der Prekominmission

wird gegeben vom Genossen A. Süde. Das Geschäft hat sich
günstig entwickelt. Redner gibt der Versammlung einige erläuternde
Zahlen über den Stand und die Entwicklung des Geschäftes bekannt.
A. a. wurden für Gerichtslokale 1901/14 Mark ausbezahlt. In
Freiheitsstrafen wurden 5 Monate und 6 Wochen Gefängnis,
die ausschließlich den Genossen Nisch trafen, verhängt. In Stelle des
Genossen Albert trat Genosse Pittman als die Redaktion ein.
Zur Vertretung für den Genossen Nisch wurde Genosse Pantz be-
stimmt. In der Expedition wurde für den erkrankten Genossen
Lindau der Genosse Sichtenberg zur Vertretung eingestellt werden. Die
Entwicklung der Buchhandlung und der Zeitung veranlaßte uns im
weiteren Verlauf seiner Tätigkeit den Genossen Sichtenberg fest
anzustellen. Mit den Kolporteurs wurde eine Sitzung abgehalten,
um eine einheitliche Tätigkeit zu veranlassen. Ein gerichtliches Ver-
fahren gegen die Prekominmission anderte mit dem Freispruch des
Geschäftsführers. Vier Beschwerden waren eingegangen. Die
König der „Freien Volksstimme“ beschränkte sich, daß die Redaktionen
keinen Berichtsfaktor zu ihren Verfügungen. Diese Beschwerde
wurde von der Prekominmission als verschiedene Gründe zugunsten
der Redaktion entschieden. Sou Galsterbedi ging eine Beschwerde
ein, daß die Gewerkegerichte die Rechte des Dites nicht an-
sprüchlich angenommen wurden. Die Prekominmission mußte aus Rücksicht
auf den Namen des Blattes auf ihrem Standpunkt beharren, daß
nur über Verhandlungen von allgemeinem oder prinzipiellen Interesse
Bericht werden könne. Die beiden anderen Beschwerden waren ge-
ringfügiger Natur. Sou Gewerkschaftsrat wurde eine Umfrage
unter den Gewerkschaftsmitgliedern vorgenommen, um Abkommen
der „Volksstimme“ zu. Das Ergebnis lehrte uns, daß noch
viel Agitationsarbeit zur weiteren Förderung der „Volksstimme“
verrichtet werden muß.

Zu der Diskussion äußerte Genosse Großkopf den Grund
sauer von ihm dargelegten Beschwerden über die Zustellung der
Zeitung. Er wünschte persönliche Untersuchung durch Prekomi-
nissionsmitglieder.

Eine von den Wehrhäftigen Genossen über die Unterstellung eines
Kolporteurs eckelnde Beschwerde wird vom Genossen Schöne Kor-
gebracht und vom Genossen Fabian widerlegt.

Genosse Winter wünscht, daß sich die Prekominmission damit
befaßt, daß den Redaktionen die Beschäftigung ihrer Kinder beim
Zeitungsausbringen untersagt werde.

Genosse Brandes erklärt, daß in den Berichten mit dem Aus-
schuß ausbleiben verstanden ist, daß keine Redakteure beschäftigt werden
dürfen. Wenn das noch vorkommt, muß energig dagegen vorgegangen
werden.

Genosse Klein äußert sich zu einer Beschwerde der Buchdrucker-
genossenschaft. Die Redaktion mußte den Genossen Nisch als Vorstands-
mitglied wählen.

Bericht des Ausschusses

gibt Genosse Landberg: Der Ausschuß befragte den Vorstand
über die Tätigkeit des Ausschusses Landberg. Ausschussmitglieder
mit dem Vorstand sind nicht einverstanden. In allen wichtigen Sachen
soll Vorstand und Ausschuß gemeinsam entscheiden. Die vorerwähnte
Beschuldigung eines Ausschusses sei während der Sitzung und beschlossene
sich zu einem beschließlichen Bescheid. Die Sitzungen des Ausschusses
sollen immer gut besucht und ohne Zwischenfälle in großer
Freundschaft ablaufen.

Genosse Decker äußert Bedenken, daß nach dem Ver-
halten des Genossen Albert eine Zeit lang das Geschäft in
Magdeburg werden soll. Wenn ein Vorstandsmitglied die Partei
verlassen würde, dann ist die Unterstellung von Kandidaten die
vorzuziehen ist und die Kandidaten sind nicht geeignet, dann
wird man.

Genosse Bötzow: Ich will, daß der Ausschuß durch einen
Ausschuss bei dem Parteivorstand gegen die Kandidaten
ausgewählt ist.

Genosse Decker: Ich will, daß der Ausschuß in der Sache
nicht eintritt. Die Partei habe nicht leicht gebühert. Man soll
nicht in Ruhe lassen und ihn nicht mehr erörtern.

Genosse Bötzow: Ich will, daß der Ausschuß in der Sache
nicht eintritt. Die Partei habe nicht leicht gebühert. Man soll
nicht in Ruhe lassen und ihn nicht mehr erörtern.

Genosse Bötzow: Ich will, daß der Ausschuß in der Sache
nicht eintritt. Die Partei habe nicht leicht gebühert. Man soll
nicht in Ruhe lassen und ihn nicht mehr erörtern.

Genosse Bötzow: Ich will, daß der Ausschuß in der Sache
nicht eintritt. Die Partei habe nicht leicht gebühert. Man soll
nicht in Ruhe lassen und ihn nicht mehr erörtern.

Genosse Uebe tritt dafür ein, daß die „Volksstimme“ darüber
Bericht bringe.

Genosse Winger nennt die Erklärung von Pistorius eine
Vorfallsberei.

Genosse Bader bittet, den Antrag Winger abzulehnen. Die
giefige „Freie Volksstimme“ sei etwas anders als die „Freien Volks-
stimmen“ anderer Großstädte. Dort habe man als Darsteller Vernis-
schauspieler. Weiter sollten den Arbeitern billigere Theater-Aufführungen
geboten werden. Gute Aufführungen könnten aber Dilettanten nicht
bieten. Auch gegen die hier aufgeführten Stücke seien in künstlerischer
Beziehung Einwände zu erheben. Eine sozialdemokratische Kunst gibt
es nicht. Die Berichte werden Differenzen im Verein hervorgerufen,
wenn sie den konkreten Verhältnissen entsprechen sollen. Darum würde
die Annahme des Antrags für die „Volksstimme“ ein schlecht erwiesener
Dienst sein.

Genosse Decker meint, die Ausführungen Baders liefen darauf
hinaus, daß der Theaterverein noch nicht jahrelang sei. Man müsse
aber den Verein unterstützen und einen Berichtsfaktor zu seinen Vor-
stellungen entsenden.

Genosse Winger erklärt, daß der Verein nicht zum Vergnügen
da sei, sondern zur Unterstützung der Bewegung. Auch Dilettanten
können Gutes leisten. Wir wollen keine Rezensionen über Personen,
sondern über die Rollen. Unsere Theatervorstellungen sind nicht nur für
den Verein, sondern für die Öffentlichkeit.

Genosse Holzappel hält den Standpunkt Baders und der
Prekominmission für richtig. Die meisten Volksbühnen können doch
keinen Anspruch auf hervorragende Kunst erheben. Man kann nicht
behaupten, daß sie das Volk zur Kunst erziehen. Sie können höchstens
zur Unterhaltung beitragen. Wenn man der Bewegung dienen will,
dann dient man ihr wo anders, und zwar, indem man in der politischen
und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung seine Pflicht tut. Die Arbeiter
kann man nicht durch Stücke zur Kunst erziehen, von denen man von
vornherein weiß, daß sie einer Kritik nicht standhalten. Und leider
werden doch solche Stücke aufgeführt.

Genosse Brandes: So oft habe ich gelesen und gehört: Für
das Volk ist das Beste gut genug. Und wenn man auf dem Stand-
punkt steht, muß man sich der Ansicht Baders anschließen. Kunst kann
nicht gelernt werden. Und darum können Arbeiterdarsteller wahre
Kunst niemals bieten. Wenn Sie Unterhaltungen bieten wollen, habe
ich nichts dagegen. Derartige Vereine abjournieren auch viel Kräfte
für die Arbeiterbewegung. Die „Volksstimme“ kann aber zu solchen
Veranstaltungen keinen Berichtsfaktor schicken. Getreue Kritiken würden
ihnen keine Hände machen.

Dann wird ein Schlußantrag angenommen.

Genosse Landberg erklärt sich in seinem Schlußwort damit
zufrieden, daß eine weitere Kritik an der Tätigkeit des Ausschusses
nicht geübt worden sei. Bader hat als Redaktor der „Volksstimme“
nur gesagt, daß er nur solche Veranstaltungen empfehlen könne, die im
weitesten Sinne künstlerischen Wert hätten. Davon, daß der Verein
auch nicht jahrelang“ sei, könne keine Rede sein. Unterhaltung muß
sein. Die Art und Weise, wie der Verein „Freie Volksbühne“ sich
um die Unterhaltung der Masse bemüht, kann auf die Bezeichnung
künstlerisch keinen Anspruch erheben. Der Vorstand hat sich bereits
damit beschäftigt, im Laufe des Winters Vorträge behandelnden, wissen-
schaftlichen und künstlerischen Inhalts zu bieten. Aber wir wenden
uns nicht an die Öffentlichkeit. Das ist der Unter-
schied. Und das Recht, sich an die Öffentlichkeit zu wenden, kann
der Verein auch für sich in Anspruch nehmen.

Der Antrag Winger wird dann mit großer Mehrheit ab-
gelehnt.

An Stelle des aus dem Verein ausgeschiedenen bisherigen Re-
daktors Stegmund wird Genosse Albert Wittke gewählt.

Auf Vorschlag des Genossen Wittke werden die Genossen Weins,
Brandes, Harpt und Holzappel bestimmt, die Unter-
handlungen betreffs der Lokalfrage mit den Wirten
zu führen.

Zur Beschlußfassung über
die Anstellung eines Parteisekretärs

teilt Genosse Landberg mit, daß Vorstand und Ausschuß zu der
Ansicht gekommen sind, daß die Anstellung eines Parteisekretärs dringend
nötig ist. Im Ehrenamt könne die viele Arbeit nicht mehr erledigt
werden. Wir befinden uns in Zeiten, die unablässige, intensive Agi-
tation nötig machen. Es muß aufmerksamer darüber gewacht werden,
daß dem Volke seine Rechte nicht gestohlen werden. Wir müssen daher
auch den Vorposten sein. Zu einer solchen Agitation müssen wir aber
an der Spitze Leute haben, die weiter nichts zu tun haben; wir müssen
Berichtsfaktoren haben. Unsere im Vertrieben tätigen Genossen
können diese Arbeiter nicht nebenher erledigen. Wir müssen Leute haben,
deren Zeit es ihnen erlaubt, die wirtschaftlichen Verhältnisse gründlich
zu studieren, die politischen Ereignisse auf das genaueste zu verfolgen.
Die Gewerkschaften sind mit der Anstellung der Beamten aus beste
gefahren. Eine ganze Reihe von Parteisekretären ist schon angestellt.
Die Berichte über die Tätigkeit ihrer Tätigkeit haben den Ausschluß von
Vorstand und Ausschuß nur gestiftet. In der Kopienfrage
braucht das Projekt nicht zu scheitern. Wir sind bei dem
Voranschlag möglichst weitgehend gewesen und haben festgestellt
kommen, daß der Verein diese Kosten tragen kann. Selbst wenn sich
unser Mitgliederzahl nicht erhöht, können wir das Projekt durchführen.
Aber was hat in allen in Betracht kommenden Orten, die eigentlich
verbreitbar sind, Erfahrung gemacht, daß die Mitgliederzahl erheblich
gestiegen ist. Und das wird auch noch geschehen, wenn wir den ge-
wöhnlichen Mann haben. Darauf kommt es allerdings an. Bleibt
die Unterstellung auf dem Verordnungsbestand der „Volksstimme“ be-
stehen, dann können wir leicht ein Projekt realisieren. Darum sind
Vorstand und Ausschuß der Meinung, daß wir uns mit der An-
stellung an die Gewerkschaften wenden. Ich bitte Sie, den
Voranschlag zu führen, einen Parteisekretär anzustellen und die Stelle im
„Voranschlag“ und in der „Volksstimme“ anzustellen.

Diese Debatte wird von den Vorschlägen von Vor-
stand und Ausschuß geschlossen.

Dann ist die Tagesordnung erledigt.
Mit dem Schluß, an der Agitation für die „Volksstimme“ sich
tun zu lassen. Schluß Genosse Wittke um 11 Uhr die gut besuchte
Versammlung.

Gewerkschaftsbewegung.

Der Ausbruch eines großen Bergarbeiter-

streiks wird in Amerika, wenn nicht sofort, so doch in
kurzer Frist, wahrscheinlich im Frühjahr 1906 erwartet. Die
Vergewaltigungen von Ohio haben den dortigen Bergleuten
eine Lebensversicherung von 2,40 Mark auf 2,40 Mark pro Tonne
ausgeschlossen. Die Arbeiter wollen hierauf nicht eingehen,
sondern fordern die Aufhebung der noch dem Streik
von 1902 verschuldeten Löhne. Es ist möglich, daß der Kon-
flikt herausgehoben wird; die allgemeine Stimmung unter
den Bergleuten geht aber dahin, daß ein Streikereignis
geschehen wird und dieses in der Kohlenindustrie unum-
gänglich ist. Jedenfalls und andre Äußerer des Berg-
arbeiterverbandes sind tätig, die noch fernstehenden Arbeiter
dem Verbande anzuschließen. Kommt es zum Streik, so würde
das wahrscheinlich dem größten Ausmaß bedenten, der bisher auf
westlichamerikanischen Gebiete vorgekommen von. Im Bergarbeiter-
verband von Amerika sind jetzt schon 250.000 organisiert; es
sind das etwa 65 Prozent der im Bergbau tätigen Arbeit-
kräfte. Direkt oder indirekt würden in dem Kampf jeden-
falls auch die gesamten im Bergbau tätigen Arbeiter ver-
wickelt werden und das hat schon 1900. Die Arbeiter-
verbände von Amerika mit ihren 250.000 Mitgliedern
sind ein von den amerikanischen und europäischen Gewerkschaften
der Bergleuten.

Das Leipziger Gewerkschaftsstatut nahm in
seiner letzten Versammlung Stellung zur Gewerbe-
inspektion. In einer früheren Versammlung war bereits
zum Ausdruck gekommen, daß die Arbeiterchaft der Gewerbe-
inspektion gegenüber kein rechtes Vertrauen haben könnte,
vor allem sollte aber einmal Klagegeheft werden, ob Be-
schwerden über Mißstände bei der Gewerbeinspektion durch
das Arbeitersekretariat oder durch die Gewerkschaften ein-
gereicht werden sollen. In der letzten Versammlung entschied
man sich einstimmig dafür, daß sämtliche Beschwerden durch
das Arbeitersekretariat eingereicht seien. —

Sechster Verbandstag des Verbandes der Ortskrankenkassenbeamten.

Nachdem am Dienstag vormittag die zahlreichen Abänderungs-
anträge zum Verbandsstatut erledigt worden waren, gelangte in der
Nachmittagsitzung der Antrag betreffend Ausschluß des Ver-
bandes an die Generalkommission der Gewerk-
schaften Deutschlands zur Verhandlung.

Der Verbandsvorsitzende Siebel-Düsseldorf gab einen geschicht-
lichen Überblick über die Entstehung des Antrags. Die Debatten auf
dem letzten Verbandstag in Hannover waren besonders lebhaft ge-
worden, weil der damalige Verbandsvorsitzende, Prinz-Kolbus, in der
Verbands-Zeitschrift den damals schon vorliegenden Antrag mit dem
Hinweis bekannt hatte, daß durch den Ausschluß des Verbandes an
die Generalkommission der Verband selbst und jedes Mitglied Partei-
gänger der Sozialdemokratie würde. Das war der Anstoß zu
den anschließenden heftigen Debatten, die zum Teil auch in per-
sönliche Anspannungen ausarteten. Redner betont, daß er den Ausschluß
trotz der Demagogie als Sozialdemokrat für unbedingt notwendig
halte. Es sei erstens einmal Tatsache, daß die Gewerkschaften trotz der
abfälligen fassen Bezeichnung als „sozialdemokratische Gewerkschaften“
in keiner Weise eine parteipolitische Organisation darstellen. Es sei
aber notwendig, daß der Kassenbeamtenverband sich als gewerk-
schaftlich und parteipolitisch fühle. Es müsse klar zum Ausdruck
kommen, daß die Kassenbeamten sich auf die Seite der Arbeiter stellen,
die mit ihnen zusammengehen in der Verteidigung der Arbeiterrechte.
Aber auch das Verhältnis der Angehörigen zu den Vorständen würde
nur gewinnen, wenn die Angehörigen sich zur modernen Arbeiterbe-
wegung rechnen.

Luftsch-Gera begründet den Antrag, der von der Thüringischen
Bezirksgruppe gestellt ist, noch des näheren.

Siebel-Frankfurt ist persönlich für den Antrag, wünscht aber,
daß man berücksichtige, daß eine ganze Reihe von außerordentlich
angewandten Kollegen vorhanden sei, die sich vor dem roten La-
ppen fürchten.

Bauer-Berlin (Vertreter des Verbandes der Bureauangestellten)
erklärt, daß er als Angehöriger der Generalkommission Ausschluß über
die Stellung der Generalkommission zu dringenden Be-
schlüssen geben wolle. Der Generalkommission liege nichts daran, daß
Verbände sich anschließen, die sich nicht klar über ihre Stellung zu den
wirtschaftlichen Kämpfen setzen. Es sei notwendig, auszusprechen, daß
man den Klassenkampf anerkennt und sich auf den Boden der
modernen Arbeiterbewegung stelle. Bevor man Beschluß fasse, müsse
man sich über diese Grundfragen klar sein.

Pollster-Löb-Waldheim spricht gegen den Ausschluß. Rüdert-
Berlin ist der Meinung, nur die gewerkschaftlich organisierten Reichs-
tagsabgeordneten seien auch bei der Beratung der Novelle zum Kranken-
versicherungsgesetz und sonst für die Interessen der Beamten einge-
treten.

Dierker-Frankfurt a. M.: Es ist ein unhaltbarer Zustand,
daß wir als Hauptträger der Versicherung abseits stehen von der all-
gemeinen Bewegung der Versicherten, mit denen wir zusammen arbeiten
müssen. Unser Verband hat die Verpflichtung, Anschluss in der Rich-
tung zu suchen, wo nicht nur die allgemeinen Arbeiterinteressen ver-
treten werden, sondern wo auch unsere speziellen Interessen vertreten werden.
Lohner-Berlin polemisiert gegen die Auffassung, daß der Ausschluß
nur aus geschäftlichen Gründen erfolge. Im Verbands sei die Auf-
fassung über den Klassenkampf und über die Notwendigkeit einer selbst-
ständigen Arbeiterpolitik schon so geklärt, daß darüber nicht besondere
Aussführungen gemacht werden brauchen. Redner tritt auch den ängst-
lichen Gemütern entgegen, die vor dem Anschluss sich besonders fürchten.
Erdmann-Braunschweig und Haberborn-Hamburg
sprechen ebenfalls für den Ausschluß.

Kendler-Chemnitz erklärt, daß Pollster nicht im Namen sämt-
licher sächsischen Delegierten gesprochen habe. Kleins und Redner
werden für den Antrag eintreten.

Siebel weist besonders eine Bemerkung Pollsters zurück, daß
bei irgendwelchen Differenzen mit den Kassenvorständen gerade ge-
werkschaftlich organisierte Arbeiter als Streikbrecher eintreten.
Das sei eine unethische und durch nichts gerechtfertigte Verleumdung
der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter.

In namentlicher Abstimmung wird darauf mit 26 gegen 4
Stimmen der Ausschluß an die Generalkommission be-
schlossen.

Pollster-Löb-Waldheim erklärt daraufhin, daß auch die
differierenden Kollegen in Zukunft wie bisher mit den übrigen Kollegen
zusammenarbeiten würden.

Es folgt hierauf die Besprechung über die eventuelle Abschließung
eines Kartellverbandes zwischen den benachbarten Verbänden.
Rübner-Leipzig teilt mit, daß für dieses Kartell zunächst
der Zentralverein der Bureauangestellten in Berlin, der Verband der
deutschen Bureauangestellten in Leipzig, der Verband deutscher Rechts-
anwalts- und Notariatsbeamten in Wiesbaden und der Verband deutscher
Verfügungswirtschafts-Beamten in Berlin in Betracht kommen.

Siebel hält ein Zusammengehen der Verbände für notwendig,
besonders mit Rücksicht auf die zu erwartende Einführung der durch
die paritätische Kommission revidierten Gehaltsvorschriften.

Bauer-Berlin erklärt, daß die Verschmelzung des Ver-
bandes der Kassenbeamten mit dem Zentralverein der Bureau-
angestellten nötig sei. Der letztere Verband würde übrigens gegen den
Ausschluß des Kassenbeamten-Verbandes an die Generalkommission
Einspruch erheben, da er der Meinung sei, daß nicht mehrere
Verbände derselben Angestellten-Kategorie der Generalkommission ange-
schlossen könnten.

Die Diskussion drehte sich im wesentlichen um die Möglichkeit
des Kartellvertrages und dessen Umfang. Es wurde der Gedanke des
Aufgehens des Kassenbeamten-Verbandes in den Verband der Bureau-
angestellten als unbedenklich zurückgewiesen. Bauer betonte wieder-
holt, daß nur von einer Verschmelzung, nicht von einem Aufgehen die
Rede sein könne. Schließlich wurde dem Vorstand der Auftrag ge-
geben, mit den gewerkschaftlichen Organisationen verwandter
Berufe ein Kartellverhältnis anzustreben. —

Provinz und Umgegend.

An die Parteigenossen der Kreise Jerichow I u. 2!

Am Sonntag den 3. September d. J. findet unter diesjährige
Kalenderverbreitung statt. Wir erwarten, daß sich die Genossen in den
verschiedenen Orten, von denen aus die Verbreitung erfolgt, zahlreich zur
Verfügung stellen, insbesondere die Arbeiterradfahrer. Für den Ver-
breitungskreis Burg sind 100 Genossen, darunter 20 Radfahrer, er-
forderlich.

Die Ausgabe der Kalender und Festlegung der Touren erfolgt
am Sonnabend den 2. September, von nachmittags 5½ Uhr ab.
Für den Zentralvorstand:
G. Stollberg.

Varleben, 30. August. (Mitteilung, Parteigenossen.)
Am Sonntag den 3. September soll der Agitationskalender verbreitet
werden. Rücksicht eines jeden Parteigenossen ist es, sich hierzu zu be-
reitigen. Genossen, wir haben 32 Orte zu bearbeiten, und die Arbeit

muss an einem Sonntag erledigt sein. Zeigt also, dass ihr nicht nur Mitglieder des Sozialdemokratischen Vereins seid, sondern auch tatkräftig mitarbeiten wollt, den Wahlsieg zu erobern. Die Genossen treffen sich am Sonntag, den 2. September, abends 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus zur Empfangnahme des Materials. Um gute Beteiligung der Parteigenossen ersucht der Bezirksleiter.

Diesdorf, 29. August. (Zur Gewerkschaftsfeier) feierte am Sonntag den 27. August die Diesdorfer Arbeitergesellschaft im Hildebrandtschen Lokale. Am Festzug beteiligten sich circa 300 Genossen. Nachmittags wurden Konzerte und Gesangsvorträge, Turner- und Athleten-Aufführungen gegeben. Am Abend erwies sich das Fest als ein Klein. Bis in die Morgenstunden blieben die Genossen in fröhlicher Stimmung beisammen. Noch lange wird das Fest den Diesdorfer Arbeitern in guter Erinnerung bleiben.

Remsdorf, 29. August. (Die Protestversammlung.) Die am 25. August hier stattfand, war von circa 250 Personen besucht. Der Vortragende, Genosse Alwin Brandes, ging mit den fleißig-würdigen Schatz ins Gericht und wies an statistischem Material nach, in welcher Weise die Fleischnot entstanden ist. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, dass jeder Arbeiter Abkondent der „Volksstimme“ und politisch sowie gewerkschaftlich organisiert sein müsste. Ferner wurde aufgefordert, die Bezirksversammlungen besser zu besuchen, in denen alle diese Fragen besprochen werden.

Duisburg, 30. August. (Gemeindevertreterwahlen.) Am 21. und 28. August fanden Sitzungen der Gemeindevertreter statt. Eine in der ersten Sitzung vom Architekten Willi Nitschke eingereichte Baugesuchung wurde abgelehnt, in der zweiten Sitzung aber nachdem sich derselbe verpflichtet, den ortstatutarischen Bestimmungen nachzukommen, genehmigt. Dem Landwirt Schmidt wurde für die Abtretung von Gelände infolge der Regulierung des Bergewiesengrabens pro Acre 20 Mark bewilligt. Auch wurde beschlossen, das Pantochhaus in der Wilhelmstraße zu kaufen, um es gegebenenfalls für die Gemeinde zu verwenden. Da sich die Versammlung über den Kaufpreis nicht einigen konnte, wurde dieses der Baukommission überlassen. Ein Geschäft des Handelsmanns Rappholz, vor seinem Hause in der Renftädterstraße Bäume anpflanzen zu dürfen, wurde abgelehnt, da dieses bei einer späteren Regulierung der Straße von der Gemeinde selbst ausgeführt wird.

Aken, 30. August. (Zur Hafnarbeiterausperrung) veröffentlicht das Aussperrungskomitee in der „Aken Zeitung“ einen Artikel, der die Arbeitgeber auf ihre Inkonsequenz hinweist, dass sie die Organisationen der Arbeiter nicht anerkennen wollen. Die „Arbeitgeber-Zeitung“ hätte ihre Stellung geändert und wäre zur Anerkennung der Arbeiterorganisationen gekommen. Die Organisation der Aken-Hafnarbeiter bezweckt nicht nur die Eringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen, sondern wolle auch der gerichtlichen Selbsthilfe in den Betrieben entgegenwirken. Ein organisierter Arbeiter, dem eine solche Dilettier nachgewiesen würde, würde unabsichtlich ausgeschlossen. In einer weiteren Erklärung stellt man das Aussperrungskomitee fest, dass die Arbeitergewerkschaft der Hafngewerkschaft nicht mehr den Zutritt tragen: Zugehörigkeit zum Hafnarbeiterverband nicht gestattet. Das Komitee fragt an und wünscht Antwort, ob die Direktion jetzt ebenfalls den Hafnarbeiterverband anerkenne. Wenn die Arbeitgeber tatsächlich ihre Stellungnahme gewechselt haben, so dass damit das größte Hindernis zu Verhandlungen hinweggeräumt ist, so wäre das nur mit Freuden zu begrüßen, im Interesse der Arbeitnehmer nicht nur, sondern auch in dem der Arbeitgeber.

Biere, 30. August. (Unterstützt und unterstützt die Arbeiterpresse.) Wie die Parteigenossen aus der letzten Nummer der „Volksstimme“ ersehen, hat die Verhandlung auf der Parteikonferenz über das Zeitungswesen einen breiten Raum eingenommen. Es ist nun Pflicht der Genossen, überall und bei jeder Gelegenheit neue Leser zu werben. Um die Ausklärung in immer weitere Kreise zu tragen, muss das in recht reger Weise geschehen, denn der Propaganda kann nicht alles allein schaffen. Aber es muss auch an dieser Stelle darauf aufmerksam gemacht werden, dass so manches von Wichtigkeit in Biere passiert, was aber nicht zur Kenntnis der Redaktion gelangt, infolgedessen die Zeitung dies auch nicht bringen kann. Nur ein Beispiel von vielen: Ein 15-jähriger Knabe, welcher in Jahreslohn steht, wird von seinem Dienstherrn geschlagen, geringfügiger Dinge wegen. Der Knabe verlässt den Dienst; der Dienstherr, welcher ein sehr reicher Gutsherr ist, geht und verklagt den jungen Mann. Resultat: 10 Mark Geldstrafe. Der Vater ist tot, die Mutter wohnt bei dem betreffenden Gutsherrn. Nun ist der Frau einfach gesagt worden, wenn sie den jungen Mann nicht aus dem Hause weise, müsste sie die Wohnung binnen 1 1/2 Tagen verlassen. Die Mutter möchte, um wenigstens Ruhe bis Oktober zu haben, ihr Kind aus dem Hause jagen. Dann zieht sie aus der Wohnung fort. Wo bleibt bei solchen Zuständen die Mutterliebe? Ferner weigert sich der Gutsherr, dem Mann sein Geld, welches über 100 Mark ausmacht, zu geben; die Papiere vorenthält er dem jungen Mann ebenfalls. Mit welchem Recht? Parteigenossen, lest und unterstützt die Arbeiterpresse! Alle Bestellungen sind zu richten an Hermann Gütke, Biere, Alrichstraße Nr. 7. Dasselbe wird allen, die in irgend einer Sache Rat gebrauchen, soweit möglich, gern Auskunft erteilt.

Gommern, 30. August. (Sitzung der Stadtverordneten vom 28. August.) Zum Ankauf von Ackerland von Herrn Vogel zum Preise von 7500 Mark hatte die Ackerdeputation beschlossen, dass ein Teil desselben — circa 5 Morgen — an Herrn Kleinbrunner L. Schröder zum Preise von 725 Mark pro Morgen weiterverkauft werden solle. Der Bürgermeister hat die Versammlung diesen Beschluss zu billigen, da hierüber bereits ein Abkommen mit Herrn Schröder getroffen wäre. Stadtv. Gen. Fr. Voigt ersuchte um Aufklärung über das Abkommen, welche der Bürgermeister dahin gab, dass Herr Schröder für den Acker ein Gebot von 7000 Mark abgegeben hätte, die Stadt aber ein solches von 7100 Mark. Da nun aber Herr Schröder gern einen besonders vorteilhaften für ihn gelegenen Teil des Grundstückes haben möchte, sei Obiges vereinbart worden. Genosse Voigt meinte, das müsse wohl noch anders liegen, denn er selbst, Voigt, sei doch ebenfalls mit einem Gebot von 6500 Mark daran beteiligt gewesen, während Herr Sinz 7500 Mark geboten hätte, eben denselben Preis, für welchen die Stadt heute den Acker erwerben wolle. Nur dem Umstand, dass der Verkäufer nicht wusste, ob er (Voigt) ein noch höheres Gebot abgeben würde, sei es zu danken, dass die Sache mit Herrn Sinz nicht gleich notariell gemacht wurde — was Stadt. Sinz nachher unsern Genossen bestätigte. Er, Voigt, könne daher nicht begreifen, wie man mit jemand ein Abkommen über eine Sache treffen könne, der man selbst noch nicht sicher sei. Zu klären sei er der Meinung, und das sei wohl die Hauptsache, dürfe die Stadt bei einem solchen Kauf nicht mit der Absicht umgehen, Teile des Kaufobjektes an Dritte wieder zu veräußern, noch dazu für einen Preis, der kaum annähernd denjenigen erreicht, welchen die Stadt dafür zu zahlen beabsichtigt. Nach langem Hin und Her — die bürgerlichen Stadtverordneten schwiegen sich über diesen Punkt vollständig aus — wurde der Ankauf des Ackers für obigen Preis genehmigt, ebenso der Beschluss der Ackerdeputation, mit der Bestimmung, dass Herr Schröder 750 Mark pro Morgen zu zahlen hat. Ferner wurde einstimmig die unentgeltliche Abtretung städtischer Ackerparzellen zu Kleindarbenweiden an den Kreis, sowie die Kosten der Herstellung des Schulwegs in Höhe von 300 Mark genehmigt. Dann nahm die Versammlung nach Kenntnis von einer Mitteilung des Landeshauptmanns betreffs Gewährung einer Beihilfe von 5000 Mark zu den Kosten des Baues der Schillerbrücke.

Quedlinburg, 30. August. (Protestversammlung.) Am 28. August fand im „Vorwärts“ eine gut besuchte Protestversammlung statt, in welcher Genosse G. L. a. p. e. l. — Magdeburg über die Haftlager in Deutschland referierte. Dieichen Beschlusses der Redner für seine Ausführungen. In der Diskussion fand die Berliner Protestaktion einstimmig Annahme. Obwohl fast sämtliche Fleischhändler anwesend waren, beteiligte sich keiner von ihnen an der Diskussion; sie kamen aber häufig für die Resolutionen. Nachdem der Vorsitzende auf das am Sonntag den 3. September in Dambornen „Felsenkeller“ an der Gärtnersriederstraße stattfindende Volksfest hingewiesen, und nun rage Teilnahme ersucht habe, erfolgte Schluss der Versammlung. — Genossen, da uns

in diesem Jahre der Umzug mit Musik von der Behörde wieder freigegeben worden ist, ist es Pflicht eines jeden, für zahlreiche Beteiligung am Volksfest zu agitieren. Karten sind im Vorverkauf bei den Komiteemitgliedern, im Restaurant „Vorwärts“ und im „Felsenkeller“ zu haben.

Schönebeck, 30. August. (Die Filiale Schönebeck des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes) hat zum 5. September einen interessanten Vortrag arrangiert. Der Vortrag „Die Freiheitskämpfe in Russland“, dargestellt durch über 50 Lichtbilder, wird gehalten von Schriftsteller und Ingenieur Herr F. W. Grempe-Berlin. Aus allen Orten, in denen dieser Vortrag gehalten wurde, wird bekundet, dass er mit großem Interesse aufgenommen worden ist. Wie könnte dem auch anders sein! Die ganze zivilisierte Welt blickt mit Spannung auf die Vorgänge in Russland. Insbesondere die Arbeiterklasse ist es, welche in reger Anteilnahme dem russischen Proletariat einerseits und den Intellektuellen andererseits seine wärmsten Sympathien entgegenbringt. Das ist auch recht so! Der erste Teil des Vortrags bringt Bilder aus den revolutionären Bewegungen: Geheime Zusammenkünfte, weibliche Revolutionäre, u. a. Vera Sassulitsch; hervorragende männliche Revolutionäre, darunter Scheljaboff (welcher das Attentat auf Zar Alexander 2. 1881 ausführte) und am Galgen dafür den Tod erlitt) und Leo Deutsch, dessen Buch „16 Jahre Sibirien“ großes Aufsehen erregte; ferner Plechanow und Axelrod. Ferner werden Bilder des sozialen Lebens mit seinem Glanz gebracht; dann Bilder aus dem Verbanntensein und seinen Schrecken und Leiden, weiter die Darstellung der jetzigen freirechtlichen Bewegung: Maxim Gorki, Priester Gapon, Studenten-Demonstration in Peking, die Demonstration in Petersburg am 22. Januar. Die Händer der Reaktion fehlen nicht: Plehwe, Großfürst Sergius, Trepow. Das ist ein kleiner Auszug aus dem reichhaltigen Programm. Die Schönebecker Arbeitergesellschaft wird guttun, insgesamt den Vortrag zu besuchen; derselbe findet im großen Saal des „Stadtpark“ statt. Die Verwaltung der Metallarbeiter wird alles tun, was zweckdienlich ist, um den Vortrag seiner Bedeutung entsprechend zur Geltung zu bringen.

Stettin, 30. August. (Von der Sonnenfinsternis) war hier wegen der dichten Bewölkung nur sehr wenig zu sehen. Nur im Beginn der Verfinsternung brach einige Male auf kurze Augenblicke die Sonne durch die Wolken und gestattete den Anblick des Naturchauspiels.

Gerichts-Zeitung.

Landgericht Halberstadt.

Sitzung vom 30. August 1905.

Erfolgreiche Verurteilung. Vom Schöffengericht zu Quedlinburg wurde die ledige Christiane Talaska aus Vogel wegen gewerksmäßiger Ungutd mit 4 Wochen Haft und Ueberweisung an die Landespolizeibehörde bestraft. Gegen dieses Urteil hatte die Angeklagte, soweit es sich um Ueberweisung an die Landespolizeibehörde handelte, Verurteilung eingelegt. In der heutigen Verhandlung wurde die Ueberweisung an die Landespolizeibehörde aufgehoben.

Wegen Sittlichkeitsverbrechen an Knaben in zwei Fällen wird der vorbehaftete Arbeiter Christian Matkath aus Quedlinburg bei 3-jährigem Ehrverlust zu 1 Jahr 6 Monaten Zuchthaus verurteilt. Matkath tritt die Strafe sofort an.

Wegen Betrugs in trasschärfendem Rückfall wird der vorbehaftete Stolportier Wilhelm Vallin aus Schandau unter Freiprechung von der Anklage des Betrugs in zwei weiteren Fällen bei 3 Jahren Ehrverlust zu 6 Monaten Gefängnis verurteilt.

Freie Liebe. Mit 3 Wochen Gefängnis bestraft wird die Wirtschaftlerin Friederike Hartkopf geb. Bede aus Westeregeln wegen Diebstahls und schwerer Urkundenfälschung. Die Verurteilte war 1 1/2 Jahre lang bei dem Arbeiter Kästen in Hornhausen Wirtschaftlerin. Kästens Frau, welche geisteskrank war, besand sich damals in einer Heilanstalt. Die Hartkopf, selbst verwitwet, lebte während dieser Zeit mit Kästen, der ihr auch für den Fall des Ablebens seiner Frau oder der Unheilbarkeit ihrer Krankheit die Ehe versprochen hatte, wie Mann und Frau. Diesem Verhältnis ist ein Kind entsprossen, für welches Kästen nach dem Mimentationsrecht zu sorgen hat. Nach Angabe der Hartkopf hat Kästen jedoch an dem Kinde bis jetzt nichts getan. Nachdem Kästens Frau zurückgekommen war, musste die Wirtschaftlerin das Haus verlassen. Hierbei nahm sie ein Sparfüßchen mit, hob von der Kreisparlatte zu Quedlinburg die darauf eingezahlten wenigen Mark ab und quittierte „Frau Kästen“, wie sie infolge des Verhältnisses zu

Kästen, der ihr auch keinen Lohn gezahlt habe, in der horigen Gegend allgemein genannt wurde. In dem Verhaften der Hartkopf erblickt der Gerichtshof die angelegenen Verbrechen, die von ihm mit der größten Milde geahndet wurden. Zweifelsohne hat die Hartkopf an den Ehemann Kästen begründete Ansprüche, denen er sich nicht entziehen kann. Ein Gnadengesuch der Hartkopf dürfte nicht aussichtslos sein.

Von der Anklage des Diebstahls in zwei Fällen wird der vorbehaftete Arbeiter Friedrich Wollmann aus Quedlinburg freigesprochen, wegen Beleidigung dagegen zu 5 Mark Geldstrafe verurteilt.

Verworfenne Verurteilung. Vom Schöffengericht zu Osterwieck wurde die berechtigte Kupfrosine Thiemann geb. Kühne aus Schwach wegen unbefugten Nehren- und Spreulens zu 1 Tag Gefängnis verurteilt. Die von ihr eingelegte Verurteilung wurde verworfen.

Der wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagte Schachtmeister Friedrich Westphal aus Egelin, der infolge nicht genügender Verweisung des Schachtes bei einer unterirdischen Bohrung die nicht unerhebliche Verletzung dreier Arbeiter herbeigeführt haben soll, wird freigesprochen, da ein Verschulden des Westphal an dem Unfall nicht festzustellen ist.

Sich der Wehrpflicht im stehenden Heere und der Marine entzogen zu haben werden die Gestellungspflichtigen Ernst Franz, Leopold Buth aus Halberstadt, Reinhold Schubart aus Uckerleben und Lito Werner aus Halberstadt angeklagt und durch Verdamnisurteil mit je 200 Mark Geldstrafe belegt, an deren Stelle im Nichtbeitragsfall für je 10 Mark 1 Tag Gefängnis tritt.

Markberichte.

Magdeburg. Erbsen (gelbe, zum Kochen) 17,50—21,00
Speisebohnen (weiße) 24,00—30,00. Hülsen 24,00—44,00. Erbsenkartoffeln neue 4,50—5,00. Nichtstroh 4,00—4,50. Rummstroh 2,00 bis 3,00. Heu 6,00—7,00. Alles für 100 Kilogramm. Weizen 1,30—1,40, Gerste 1,30—1,40, Hafer 1,30—1,40, Haubelweizen 1,30—1,40. Speck (geräuchert) 1,60—1,70. Schmalz 2,40 bis 2,70. Alles für 1 Kilogramm. Eier für 60 Stück 3,80—4,40.

Wasserstände.

+ bedeutet über, — unter Null.	
Hier, Eger und Moldau.	
28. August	29. August
Jungbunzlau	+ 0.12
Lauter	+ 0.23
Budweis	+ 0.12
Prag	+ 0.02
Innsbruck und Saale.	
29. August	30. August
Weißenfels Unt.	+ 1.20
Trotha	+ 0.14
Ilse	+ 1.31
Bernburg	+ 1.00
Salze Oberpegel	+ 0.62
Salze Unterpegel	+ 1.36
	+ 0.00
Mosel.	
29. August	30. August
Metz	+ 0.34
	+ 0.04
Oberrhein.	
28. August	29. August
Strasbourg	+ 0.25
Basel	+ 0.28
Speyer	+ 0.78
Worms	+ 0.61
Heidelberg	+ 0.30
Frankfurt	+ 1.71
Wiesbaden	+ 0.00
Wittgenberg	+ 0.92
Koblenz	+ 0.92
Mayen	+ 0.45
Schönebeck	+ 0.68
Magdeburg	+ 0.47
Zangerhausen	+ 0.88
Wittenberge	+ 1.22
Wittenberge	+ 1.03
Wittenberge	+ 0.62
Wittenberge	+ 0.66

Deutsche (inkl. Solidaria)-Fahrräder auf Wunsch Teilzahlung. Anzahl, 20, 30, 50 M. Abz. 8—15 M. monatlich. Reichsräder von 64 M. an. Zubehör teils spottbillig. Preisliste gratis und franko. J. Jendrosch & Co. Charlottenburg 5. No. 231

Taschenuhr-Feder 0.75
Uhr-Zylinder 1.75
Uhr-Gläser 0.25
Neue Uhren zu billigen Preisen.
Jul. Baendel
Jakobstrasse 40
Modern. Kinderu., breite Nadeln, bill. u. g. Edlg., Schöningerstr. 19, H. r. Vischt. am 12—1 u. 6—7.

Arbeitsschuhe mit gestrichelter Gummisohle, das praktischste und bequemste für Dacharbeiter, Walter usw. empfiehlt.
W. Coors
Schuhwarenlager 357
Eudenberg, Halberstädterstr. 116.
Tinte (tief-schwarz) empfiehlt die Buchhdl. Volksstimme.

Dampf-Fäbriehereim. chem. Waschanstalt
von E. Kerek
Fabrik: Eudenberg, Westendstraße 18.
Adressen: Spiegelstraße 4, Südbadstraße 18 (am Nikolaipark), am Gasseckelberg.
Annahmen: Dr. Thiedorferstraße bei C. Lang, in Burg 6. Magdeb. bei W. Reimann junier, am Markt.
Billige Preise! Allerbeste Ausführung!
Damen-Kleid reinigen 2.50
farben 2.00
Herren-Kleid reinigen 3.00
farben 2.50
Reine Damen-Ärte, mit od. ohne Kette. Kleine Wohnung zu vermieten. Billig zu verkaufen, Nischstr. 4 III. Reichenhaldenstraße Nr. 9. 201

Durch grosse Abschlüsse mit den renommiertesten Fleischwaren-Fabriken Deutschlands bin ich jetzt noch in der Lage, trotz der teuren Fleischpreise
Bratwurst Pfd. 1.00 1.10 1.20 Mk.
zu offerieren. 561
(5 Prozent Rabatt-Sparmarken.)
Walter Ernst, 36 Jakobstrasse 36
Schuh-Cremes
Qualitäten, in Glasstufen und Blechdosen, als Mirakel Guttalin, Sutorin usw. empfohlen.
Gust. Hoffmeister
Prälatenstraße 21. 136
Kunstraß 44.
Eicht. Gus- u. Schmiederehrberger
auf sofort gesucht.
Gasanstalt Schneidemühl.
G. Widelmacherin f. Beschäftigung Junges Mädchen 3. Erlernung d. nachm. Näh. Fischerweg 1, v. IV. Damenstisch. gel. Nr. Marktstr. 3

Die Letzte Woche

des Riesen-Räumungs-Verkaufs wegen Umbau!

Ganz besonders mache ich auf einen Posten sehr

billiger Knaben-Anzüge aufmerksam

335

Die Restbestände der Ausverkaufsartikel sollen auf jeden Fall geräumt werden und gelangen daher zu jedem nur annehmbaren Preis zum Verkauf!

Konfektionshaus Ehrenfried Finke

Während des Umbaus Verkauf Schrottdorferstrasse Magdeburg, Breiteweg 125-126 Während des Umbaus Verkauf Schrottdorferstrasse

Schönebeck. Die Schönebeck. Freie Turnerschaft feiert ihr **Erstes Stiftungsfest** am Sonntag den 3. September in folgender Weise: Vormittags von 11-2 Uhr: **Konzert** in der „Reichshalle“. Um 3 Uhr: **Umzug nach dem „Stadtpark“** dortselbst Turnen des festgebenden Vereins und Turnen sämtlicher vom Bund erschienener Vereine. Während des Turnens: **Konzert**. Abends von 7 Uhr ab: **Dall**. Während der Kaffeepause: **Zurückische Aufführungen**. Der Vorstand.

Achtung! Installateure u. Klempner! Achtung!
Sonntag den 2. September, abends 8 1/2 Uhr
Öffentl. Versammlung
aller Installateure und Klempner Magdeburgs im Lokale „Zur Gemütlichkeit“, Tischlerkrugstraße 22.
Tagesordnung:
1. Die Antwort der Klempner-Zunft und des Arbeitgeber-Verbandes im Installationsgewerbe auf die Anträge der Arbeiter.
2. Verschiedenes.
Der Einberufer.

Walhalla
Ab Freitag, 1. September
Vollständig neuer Spielplan
10 Attraktionen!

Südenburg, 30. August.
Aufgebote: Schneider Wilhelm Johannes Fabel mit Emma Luise Dorothee Monede. Maler und Lehrer a. d. Kunstgewerbeschule Johannes Karl Robert Ernst Hoffmann mit Martha Helene Johanne Buch. Dreher Richard Ernst Pohlmann mit Berta Elise Marie Boehme. Drechsler Friedrich Wilhelm Paul Klockenmeyer mit Marie Dorothee Hedwig Boetrich. Arbeiter Walter Hans Willi Reinwald mit Luise Herbst.
Geburten: Walter, S. des Kunstlers Otto Gebig, Johann, S. des Eisenhoblers Johann Obdörfer.
Todesfälle: Charlotte, T. des Arbeiters Ernst Friede, 2 M. 21 J.

Deutscher Metallarb.-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Gesamtsprach-Anschluß Nr. 404. Bureau: Knochenhauerstr. 27/28.
Versammlungen finden statt:
Freitag den 1. September, abends 6 1/2 Uhr
Bezirk Niederbodeleben im „Luisenpark“.
Tages-Ordnung:
1. Der Arbeiterklub in Deutschland. Referent: Kollege H. Flügge.
2. Die Lokalfrage. 3. Verschiedenes.

Deutscher Holzarb.-Verband
Verwaltung Magdeburg.
Bureau: Blauheißstraße 10, I. Fernsprecher 2370.
Versammlungen tagen am Sonnabend, 2. Septbr., abds. 8 Uhr
Bezirk Gr.-Ottersleben bei Friedrich Strumpf.
Tages-Ordnung: Werkstätte und Verbandsangelegenheiten.
Sektion der Stellmacher in der „Burghalle“, Grünearm- und Tischlerkrugstraßen-Ecke.
Tagesordnung: Der Stellmachertag in Magdeburg und die bevorstehende Konferenz in Halle.
Sektion der Korbmacher in der „Burghalle“.
Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben.
Aufnahmen neuer Mitglieder finden in obigen Versammlungen statt.
Um zahlreichem Besuch bittet
Die Verwaltung.

Lobesanzeige.
Dienstag mittag 1 1/2 Uhr
entschließ nach langem Leiden
mein lieber Mann, unser lieber
Vater, Schwieger- und Groß-
vater, der Modellstecher
Gottfried Schmidt
im Alter von 75 Jahren. Um
stillen Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Die Beerdigung findet am
Sonntag den 2. September,
vormittags 10 Uhr, von der
Kapelle des Südfriedhofs aus
statt.
199

Buckau, 30. August.
Todesfälle: Walli, T. des Arbeiters Friedrich Schumann, 4 M. 28 J. Kurt, S. des Schlossers Wilhelm Marzgraf, 2 M. 20 J.
Neustadt, 30. August.
Aufgebote: Modellstecher Karl Friedrich Helmholz mit Anna Luise Wöfke. Schlosser Karl Adolf Hermann Mummel mit Marie Luise Anna Lehmann.
Eheschließung: Restaurat. Hermann Winkelmann mit Ida Köhler.
Geburt: Gustav, S. des Arbeiters Ferdinand Jedoch.
Totgeburt: S. des Schlossers Albert Tösch.
Todesfälle: Elise Emma, T. unehelich, 2 M. 6 J. Richard Otto, S. unehelich, 2 M. Helene, T. des Arb. Heinrich Wexler, 15 J.

Bezirk Neue Neustadt im „Weißen Hirsche“.
Tages-Ordnung:
Der Arbeiterklub in Deutschland. Referent: Kollege Aug. Flügge.
Sonntag den 3. September, nachmittags 3 Uhr
Bezirk Dahlenwerdeleben im Lokale des Arbeiter-Gesangsvereins.
Tages-Ordnung:
1. Die Bräuterei der Brautjungferinnen. Referent: Kollege H. Flügge.
2. Verschiedenes.

Verband der Fabrik-, Land- und Hilfsarbeiter
Verwaltung Magdeburg.
Bureau: Fabrikstraße 5/6.
Versammlungen finden statt:
Sonntag den 2. September, abends 8 1/2 Uhr
Bezirk Barleben im Gewerkschaftshause.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Arbeitersekretärs Genossen G. B. e. m. s. 2. Verschiedenes.
Sonntag den 3. September, vormittags 11 Uhr
Bezirk Altstadt im Lokale des Herrn Alb. Vater.
Tages-Ordnung:
1. Vortrag des Kollegen G. Frenzel. 2. Verschiedenes.
Die Verwaltung.

Lobesanzeige.
Am Montag abend hat in einem Unfall geistiger Unnachgiebigkeit meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Tochter und Schwiegertochter
Alwine Greywatz
geb. Schröder
den Tod selbst gesucht.
Um stillen Beileid bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.
Fritz Greywatz u. Kind.
Die Beerdigung findet am
Freitag, nachmittags 5 Uhr,
von der Leichenhalle des neuen
Südenburger Friedhofs aus
statt.
202

Ufersleben.
Geburt: S. des Messerschmiedemeisters Ernst Walke.
Todesfälle: Richard, S. des Arb. August Grajenhorst, 10 M. 17 J. Ernst, S. des Gärtners Richard Maas, 10 M.
Burg, 29. August.
Aufgebote: Tischstecher Otto Walter Klade mit Emma Marie Elise Kelm.
Geburten: S. des Zimmermanns Friedrich Klages. T. des Schuhfabrikanten Hermann Zibuski.
Todesfälle: Ludwig Hermann, S. des Arb. Ludwig Spaled, 11 M.

Bezirk Buckau im „Thaliaaal“, Dorotheenstr. 14.
Tages-Ordnung:
1. Maria Goeßl. Referent: Arbeiterklub Holzopffel.
2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Freitag den 5. September, abends 6 1/2 Uhr
Branche der Selbstschneidhändler bei Alb. Vater, Knochenhauerstr. 27/28.
Tages-Ordnung:
1. Der Arbeiterklub in Deutschland. Referent: Kollege H. Flügge.
2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.

Schönebeck.
Verband der Fabrik-, Land- u. Hilfsarbeiter und -arbeiterinnen
Sonntag den 2. September
abds. 8 1/2 Uhr im Wiener-Restaurant,
Königsstraße 16 555
Mitglieder-Versammlung.
Tagesordnung: 1. Vortrag über den und Wesen der deutschen Gewerkschaften mit besonderer Berücksichtigung der Tisch- und Drechsler-Gewerkschaften. 2. Verbandsangelegenheiten. 3. Verschiedenes.
Um zahlreichem Besuch bittet
Die Ortsverwaltung.

Standesamt.
Magdeburg, 30. August.
Aufgebote: Brennereiverwalter Emil Aug. Alb. Pieper in Uchersleben mit Ida Kaufhold in Schackensleben. Lebr.-Arb. Karl Ferdinand Aug. Eggert hier mit Marie Dorothee Friederike Gagelmann in Seehausen i. Altst. Buchhalter Karl Friedrich Otto Bernhardt hier mit Ida Minna Weber in Dornersleben. Buchhalter Franz Unger in Brandenburg a. S. mit Marie Bredow hier. Maler Karl Droschmann mit Elisabeth Hempel. Schmied Friedrich Danner mit Gertrud Burkhart.
Eheschließung: Kaufmann Walter Frank mit Lisbeth Köttger.
Geburten: Kurt, S. des Schumanns Karl Schmidt, Erna und Martin, Zwillingst. d. Grundbesizers Prof. Lang, Marie, T. des Bergwerks Dr. Heinrich Formann, Lucie, T. des Arb. Walter Pohlmann.
Todesfälle: Elfriede, T. des Pioniers Karl John, 11 M. 28 J. Cäcilie geb. Kretz, Witwe des Gerichtsrats Ad. Wilhelm, 68 J. 9 M. 16 J. Emma Heide, unehelich, 4 J. 2 M. 22 J. Karl Niemann, 46 J. 4 M. 9 J. 9 M. 9 J. Heinrich Bierhan, Holzhändler, 50 J. 10 M. 13 J. Hans, unehel., 3 M. 28 J.
Totgeburt: T. unehel. S. unehelich.

Salferstadt.
Som 26. bis 28. August.
Aufgebote: Bäcker und Konditor Karl Grimm in Nübeland mit Marie Hende in Buckau. Bahnaspirant Johann Pitulitz hier mit Anna Szalmiski in Margoun.
Geburten: T. des Zimmermeisters Wilhelm Hürberg. S. unehelich. S. u. T. des Vorarbeiters Reinhold Kehler. T. des Schmieds Otto Schubarth. S. des Arbeiters Hermann Hingel. S. des Tischhändlers Richard Weder. S. des Arbeiters Hermann Könnede.
Todesfälle: Margarete, T. des Maurers Wilhelm Günther, 6 J. Ehefrau des Rentiers Gustav Jigmann, Luise geb. Wehmer, 53 J. Ehefrau des Brauers Bernhard Böttel, Regine geb. Michaelis, 46 J. Elise, T. des Tischlers Emil Dunder, 1 M. Emma, T. des Bahnarbeiters Ludwig Hotopp, 1 M. Straßenbahn-Wagenführer Heinrich Roland, 45 J. Gertrud, T. des Zigarrenmachers Andreas Hoffelbach, 10 M. Frieda, T. des Schuhmachers Karl Koch, 3 M.

Wenn verstanden ist die Mitglieder des Bezirks Wilhelm hat mit ihrer Namen am Sonntag früh 9 Uhr im „Kaufhaus“ zur Bekämpfung der Dürre der „Kollektoren“.
Sitz des Rates der Klempner und Installateure in dieser
Räumen.
Jede Woche wird erwartet.
In dieser Woche ist die 65. Sitzung des
Die Verwaltung.

Städtisches Orchester
Odeum.
Montag den 4. September
abends 8 Uhr 553
Grosses Volkskonzert.
Leitung: Kapellmeister
Rudolph Fischer.
Eintrittskarten
im Vorverkauf 20 Pf.
an der Kasse 30 Pf.

Blutstockung?
Kaufen Sie eine Schachtel
Menstruationspulver „Geisha“
(T. A. G. R. ang.)
Fakt: Japan. edl. Romer pulv.
u. starkes. Kommt in brüch.
Schacht. 50 Cts. v. M. 3.—
Ernst Walter, Jng. W. Dressler
Halle a. S., Geisstr. 6. 567

Stahlfurt.
Todesfälle: Willi Reigner, 5 M.